



VERGABEUNTERLAGEN

052-25-EK2

Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Ausschreibung (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstraße 27, 68165 Mannheim, Deutschland

03.12.2025

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	3
Verfahrensbedingungen und Leistungsbeschreibung	3
631_UVgO_Aufforderung_zur_Abgabe_eines_Angebots.pdf.....	3
052-25-EK2_LB ODS Fahrzeugreinigung Stand 01.12.2025.....	7
1. rnv fips.....	8
2. Fahrzeuge & Ausstattung.....	8
3. Leistungszeitraum	9
4. Voraussetzung der Mitarbeiter seitens des Auftragnehmers	9
5. Umgang mit Fundsachen	9
6. Leistungsbeschreibung Los 1 Innenreinigung.....	9
6.1. Regelmäßige Reinigung Fahrzeuginnenraum.....	10
6.2. Reinigung der Sitze	11
6.3. Starkverschmutzungen Innenraum	11
6.4. Sonderreinigungen Innenraum.....	11
6.5. Zeit & Ort der Leistungserbringung Innenreinigung	12
7. Leistungsbeschreibung Los 2 Außenreinigung	12
7.1. Regelmäßige Außenreinigung.....	12
7.2. Erweiterte Außenreinigung.....	13
7.3. Sonderreinigung außen.....	13
7.4. Zeit und Ort der Leistungserbringung Außenreinigung	13
052-25-EK2_Vertragsbedingungen Fahrzeugreinigung.....	15
AEB_DL_Stand Januar 2024	20
052-25-EK2_Wertungskonzept	27
632_Bewerbungsbedingungen.....	30
1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen.....	30
2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	30
3 Angebot	30
3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.....	30
3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden.	30
3.3 Eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.	30
3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu ..	30
3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.	30
3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungsposition	30
3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.....	30
4 Nebenangebote.....	30
4.1 Soweit an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt sind, müssen diese erfüllt werden	30
4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend ..	30

4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses	31
4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wert.	31
5 Bietergemeinschaften.....	31
5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform	31
5.2 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften	31
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung	32
Anschreiben PDF Rechnung.....	32
Anforderungen PDF-Rechnung.....	33
RNV_Datenschutzinformation	35
Checkliste einzureichender Unterlagen.....	41
Auszufüllende Formulare	42
633_UVgO_Angebotsschreiben_mit_Lösen.pdf	42
234_Erklärung Bieter_Arbeitsgemeinschaft	44
235_Verzeichnis der Leistungen_Kapazitäten anderer Unternehmen.....	45
LTMG - Baden-Württemberg.....	46
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung	46
Verpflichtungserklärung Arbeitnehmer-Entsendegesetz.pdf	55
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	57
Besondere Vertragsbedingungen.....	59
LTTG - Rheinland-Pfalz.....	63
Merkblatt_LTTG_2023-12	63
Merkblatt.....	63
1. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt für jeden öffentlichen	63
2. Welche Erklärung muss ich/müssen wir als Bieter/Bewerber abgeben?	64
2.1 Tariftreueerklärung	64
2.2 Pflicht zur Abgabe einer Mindestentgelterklärung:.....	67
3. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt auch für Nachunternehmer	68
4. Was geschieht, wenn keine Tariftreueerklärung bzw. Mindestentgelterklärung abgegeben	69
Mustererklärung_1_AEntG_2023.pdf.....	70
Mustererklärung 1	70
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2004	70
nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue	70
Mustererklärung_3_Mindestentgelt_2023.pdf	72
Mustererklärung 3	72
Produkte/Leistungen	74
Eignungskriterien.....	78
Leistungskriterien	87
Anlagen	93

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	052-25-EK2
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Auftragsbeschreibung	Die rnv schreibt hiermit die Fahrzeugreinigung für diverse PKW im Fuhrpark aus. Zu reinigen sind die rnv fips Fahrzeuge. Die Leistung wird in folgende Lose aufgeteilt: Los 1 Innenreinigung Los 2 Außenreinigung

VERFAHREN

Auftraggeber	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	68165 Mannheim
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Ja						
Art der losweisen Vergabe	Bieter kann für ein oder mehrere Lose anbieten						
Höchstzahl der Lose pro Angebot							
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 50%: 50% Optionale Positionen werden in den Angebotspreis eingerechnet.						
Klassifizierungen	<table><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody><tr><td>90910000-9</td><td>Reinigungsdienste</td></tr><tr><td>90917000-8</td><td>Reinigung von Transportmitteln</td></tr></tbody></table>	Code	Bezeichnung	90910000-9	Reinigungsdienste	90917000-8	Reinigung von Transportmitteln
Code	Bezeichnung						
90910000-9	Reinigungsdienste						
90917000-8	Reinigung von Transportmitteln						

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Rahmenvertrag
-------------	---------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	12.01.2026 10:00:00
Frist Bieterfragen	02.01.2026 12:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	28.02.2026
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.02.2026
Ende	31.01.2028
Anmerkungen	Für die Auftraggeberin besteht darüber hinaus zweimal die Möglichkeit einer Verlängerung um jeweils 1 Jahr.

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 02.01.2026 12:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Vergabestelle

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

Möhlstraße 27

68165 Mannheim

Deutschland

Datum der Versendung

Vergabeart

- ☒ Öffentliche Ausschreibung
 Beschränkte Ausschreibung
 Beschränkte Ausschreibung mit
 Teilnahmewettbewerb
 Verhandlungsvergabe
☐ Internationale NATO-Ausschreibung

Ablauf der Angebotsfrist

Datum

12.01.2026

Uhrzeit

10:00:00

Bindefrist endet am 28.02.2026

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

(Vergabeverfahren gemäß UVgO)

Bezeichnung der Leistung:

Maßnahmennummer

Maßnahme

Vergabenummer

Leistung

052-25-EK2

Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Anlagen**A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:**

- ☒ 632 Bewerbungsbedingungen (Ausgabe 2017)
☐ 227 Zuschlagskriterien
☒ Wertungskonzept (ersetzt Formblatt Zuschlagskriterien)
☒ RNV Datenschutzinformationen

B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden:

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Beschreibung, Pläne, sonstige Anlagen
☐ 634 Besondere Vertragsbedingungen
☐ 635 Zusätzliche Vertragsbedingungen (Ausgabe 2017)
☐ 241 Abfall
☐ 244 Datenverarbeitung
☐ 246 Aufträge für Gaststreitkräfte
☐ 247 Aufträge mit besonderen Anforderungen aufgrund Geheimschutz oder Sabotageschutz
☐ 625 NATO Infrastrukturbauten
☒ AEB DL Stand Januar 2024
☒ 052-25-EK2_Vertragsbedingungen Fahrzeugreinigung
☒ Merkblatt Elektronische Rechnung

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- ☒ 633 Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm
- ☐ 124_LD Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ 125 Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Teilnehmer
- ☒ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☒ 235 - Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☒ Verpflichtungserklärungen zu LTTG Rheinland-Pfalz
- ☒ Verpflichtungserklärungen zu LTMG Baden-Württemberg
- ☒ Verpflichtungserklärungen zu Russland-Sanktionen

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind:

- ☐ 126 Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung – Nachunternehmer/Unterauftragnehmer
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

1 Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

zu vergeben.

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt

- ☒ elektronisch über die Vergabepattform
- ☐ in Textform unter nachstehender Anschrift:

Stelle

Straße _____ Fax _____
PLZ/Ort _____ E-Mail _____

3 Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise)

Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung (Angebotsschreiben Nummer 6) einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:

- ☐ siehe (Auftrags)Bekanntmachung
- ☒ Nachweise zu 124_Eigenerklärung
- ☒ Qualitätssicherungskonzept und Personaleinsatzkonzept je Los
- ☐
- ☐

3.2 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen☐ siehe (Auftrags)Bekanntmachung☐☐☐☐**3.3 - frei -****4 Losweise Vergabe**

nein

☒ ja, Angebote sind möglich

nur für ein Los

☒ für ein Los oder mehrere Lose

nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

5 Nebenangebote**5.1** ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen gilt nicht.**5.2** ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen) -
ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -☐ für die gesamte Leistung☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

☐☐**6 Angebotswertung**

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

☐ Zuschlagskriterium Preis

Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen,
insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen.☒ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt ZuschlagskriterienWerkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent
eingeräumt.Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein
anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt.

Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstatt für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

7 Zugelassene Angebotsabgabe☒ Elektronisch☒ in Textform ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

☐ Schriftlich

Das beigelegte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

☐ siehe Briefkopf☐ Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe

„Angebot für

Maßnahmennummer:	Maßnahme:
Vergabenummer: 052-25-EK2	Leistung: Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

”

zu versehen, ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels.

8 Nachprüfungsstelle

Regierungspräsidium Karlsruhe

76137 Karlsruhe

9

Beschaffung Innenreinigung für fips Fahrzeuge

- Ziel- und Leistungsbeschreibung

Inhalt

1.	rnv fips.....	2
2.	Fahrzeuge & Ausstattung.....	2
3.	Leistungszeitraum	3
4.	Voraussetzung der Mitarbeiter seitens des Auftragnehmers.....	3
5.	Umgang mit Fundsachen	3
6.	Leistungsbeschreibung Los 1 Innenreinigung	3
6.1.	Regelmäßige Reinigung Fahrzeuginnenraum	4
6.2.	Reinigung der Sitze.....	5
6.3.	Starkverschmutzungen Innenraum.....	5
6.4.	Sonderreinigungen Innenraum	5
6.5.	Zeit & Ort der Leistungserbringung Innenreinigung	6
7.	Leistungsbeschreibung Los 2 Außenreinigung.....	6
7.1.	Regelmäßige Außenreinigung.....	6
7.2.	Erweiterte Außenreinigung.....	7
7.3.	Sonderreinigung außen.....	7
7.4.	Zeit und Ort der Leistungserbringung Außenreinigung	7

1. rnv fips

Mit fips, unserem neuen Personen-Shuttle, machen wir Menschen in Mannheim und Heidelberg auf den Punkt mobil. Mit dem flexiblen fips-Shuttle ergänzt die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) das bestehende ÖPNV-Angebot. Die Elektrofahrzeuge dienen als komfortable Ergänzung zu den Bus- und Bahnlinien der rnv, zum Beispiel für Fahrten von der Haltestelle nach Hause oder als direkte Verbindung auf kürzeren Strecken im Quartier. Dabei werden die Fahrtwünsche mehrerer Fahrgäste mit ähnlichen Strecken oder Zielen intelligent gebündelt. Zur Benutzung einfach App laden, anmelden, fips rufen und ankommen.

- Individuell: Fahrgäste können den Shuttle-Service genau dann nutzen, wenn sie ihn brauchen. Es gibt keinen Fahrplan, sondern die Möglichkeit, fips innerhalb ausgewählter Stadtgebiete und Zeiträume ganz flexibel per App zu bestellen.
- Umweltfreundlich: Unsere fips-Elektrofahrzeuge fahren mit 100 Prozent Ökostrom. Sie haben über 400 Kilometer Reichweite und verfügen über fünf Fahrgastplätze.
- Smart: fips bringt Reisende auf ähnlichen Routen intelligent zusammen. Das ist nicht nur effizient, sondern hilft auch dabei, den Individualverkehr zu verringern und das Klima zu schonen.
- Ohne Barrieren: Trittstufen und elektrische Schiebetüren machen das Einsteigen auch für Ältere oder Menschen mit Handicap möglich, der Kofferraum bietet Platz für Einkäufe, Rollator oder Kinderwagen. Und Kindersitze sind ebenfalls vorhanden. Für Fahrgäste, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, sind einzelne Fahrzeuge auf Rollstuhlrampen umgerüstet.

2. Fahrzeuge & Ausstattung

Die Flotte besteht aus aktuell 16 Fahrzeugen des Typs Mercedes eVito Tourer PRO 129 lang FWD in Mannheim und zukünftig 8 baugleichen Fahrzeugen am Standort Heidelberg.

Die Fahrzeuge verfügen neben Fahrer- und Beifahrertür über eine Heckklappe sowie eine elektrisch betriebene Schiebetür und einer elektrisch betriebene Trittstufe auf der rechten Seite des Fahrzeugs.

Die Fahrzeuge sind standardmäßig mit Fahrer- und Beifahrersitz, 2er Sitzbank 1. Reihe Fahrgastraum, 3er Sitzbank 2. Reihe Fahrgastraum ausgestattet. Die Bestuhlung im Fahrgastraum kann abweichen, bspw. bei den rollstuhlgerecht umgebauten Fahrzeugen.

Die unterschiedlichen Materialien der zu reinigenden Flächen im Innenraum sind entsprechend der jeweiligen Erfordernisse so zu reinigen, dass durch die Reinigung keine Beschädigung der Materialien oder Oberflächen entsteht. Die Sitzbezüge sind aus Kunstleder. Der Fahrzeugboden ist gummiert und mit Monategeschienen versehen. In ca. der Hälfte der Fahrzeuge sind darüber hinaus Kindersitze in zwei Varianten montiert, die ebenfalls gereinigt und desinfiziert werden müssen. Es sind USB-Ladebuchsen auch im Fahrgastraum verbaut, die bei der Reinigung entsprechend geschützt werden müssen. Weitere Details zu den Ausstattungsmerkmalen und deren Beschaffenheit können den Herstellerinformationen entnommen werden.

Eine Hygienetrennwand (Folie transparent, gespannt) ist zwischen Fahrer- und Fahrgastraum angebracht. Diese soll perspektivisch entsprechend den allgemeinen Regelungen, Verordnungen und Gesetze zum gegebenen Zeitpunkt wieder abgebaut werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte auch diese gereinigt werden.

Die rollstuhlgerecht umgebauten Fahrzeuge verfügen über einen Heckausschnitt mit Wanne zur Vertiefung, eine manuell ausklappbare Rampe am Heck sowie Schienen, Befestigungspunkte und entsprechende Befestigungs- bzw. Gurtsysteme. Diese Fahrzeuge verfügen über nur eine reguläre

Sitzreihe im Fahrgastraum. Anstelle der zweiten Sitzreihe sind seitlich zwei Klappsitze verbaut, die bei diesen Fahrzeugen entsprechend der Anforderungen zur Reinigung auch als Sitze gelten.

3. Leistungszeitraum

Der Leistungszeitraum ergibt sich gemäß der Vertragsbedingungen. Der genaue Ablauf und das zeitliche Eintreten in den Betriebsablauf der Leistungserbringung wird nach Zuschlagserteilung zwischen Auftraggeberin und Auftragnehmer abgestimmt.

4. Voraussetzung der Mitarbeiter seitens des Auftragnehmers

Die Mitarbeiter des Auftragnehmers müssen die Fahrzeuge innerhalb und außerhalb der Betriebshöfe bewegen. Zum Reinigungsplatz und zurück, zum Reinigungsplatz Außenreinigung, von und zu den Parkplätzen. Dazu ist eine gültige Fahrerlaubnis der Klasse „B“ für Fahrzeuge dieser Fahrzeugklasse nötig.

Vorhandensein und Gültigkeit der Führerscheine ist vom Auftragnehmer zu gewährleisten und auf Verlangen der Auftraggeberin nachzuweisen.

5. Umgang mit Fundsachen

Sämtliche Fundgegenstände, die durch den Auftragnehmer bzw. seine Erfüllungsgehilfen in den Fahrzeugen /Räumlichkeiten der rnv gefunden werden, sind unverzüglich je Standort dafür vorgesehenen Fundkästen abzugeben und gemäß gültigem Prozess ein entsprechender Fundschein dazu auszufüllen.

Ein Finderlohn wird hierfür nicht gezahlt.

6. Leistungsbeschreibung Los 1 Innenreinigung

Die hier ausgeschriebene Leistung umfasst die wöchentliche Reinigung der Fahrzeuge sowie die Intensivreinigung nach Bedarf. Die unten beschriebenen Arten der Reinigung sind alle so durchzuführen, dass das Fahrzeug und die entsprechenden Materialien der Oberflächen nicht beschädigt oder optisch beeinflusst werden.

Es gibt drei Verschmutzungsarten, welche bei der Reinigung im gesamten Fahrzeug zu entfernen sind:

1. Abfall
Heruntergefallener oder weggeworfener Unrat (auf Boden und Inventar), der sich aufheben lässt. Beispiele: Papier, Papiertaschentücher, Getränkedosen etc.
2. Nicht haftende Verschmutzungen
Schmutzstoffe, die sich nicht direkt aufheben lassen. Beispiele: Staub, Kies, Sand, Asche, Haare, Spinnweben, Krümel etc. Staub bedeutet leichte Schmutzstoffe, die auf Oberflächen Schichten bilden und von der Luft mitgeführt werden können.
3. Haftende Verschmutzungen

Beispiele: Kaffee-, Saft-, Milchflecken, Fingerabdrücke, Kaugummi, Reinigungsmittelrückstände, sonstige Flecken. Flecken sind unerwünschte Ablagerungen eines oder mehrerer Materialien (z.B. Kaffee, Tinte, Öl, Schmierereien) oder örtlich begrenzte Verfärbungen bzw. optische Veränderungen auf einem anderen Material (z.B. Bodenbelag, Fahrgastsitze sowie Rückenschale, Fahrersitze, Seitenwände usw.). Hierzu zählen auch kleine Graffiti (bis 30x30cm) sowie unerwünschte Aufkleber.

6.1. Regelmäßige Reinigung Fahrzeuginnenraum

Die regelmäßige Reinigung soll grundsätzlich zweimal pro Monat und Fahrzeug erfolgen. Die genaue Anzahl an Fahrzeugen wird mit entsprechendem Vorlauf dem Dienstleister gemeldet, auch andere Intervalle sollen auf Basis dieses Angebots nach Abstimmung Auftraggeberin und Dienstleister möglich sein.

Einzelne Fahrzeuge (aktuell drei) sind zur Beförderung von Menschen sitzend im Rollstuhl umgebaut. Die Fahrzeuge verfügen über einen Heckausschnitt und eine klappbare Rampe zum Ein- und Ausstieg. Daneben sind entsprechende Sicherungspunkte und -schienen am Fahrzeugboden verbaut. Anstelle der zweiten Sitzreihe sind zwei klappbare Sitze im Fahrzeug verbaut.

Scheiben- und Türrahmenreinigung: Front- und Seitenverglasungen sind mit entfettendem und antistatischem Glasreinigungsmittel streifenfrei zu reinigen und nachzutrocknen, Innenrückspiegel sind mit Glasreinigungsmittel streifenfrei zu nachzutrocknen. Die Hygienetrennwände zwischen Fahrer- und Fahrgastraum verbaut sind, müssen ebenso gereinigt werden.

- **Entstauben:** Die Klimaaustrittsöffnungen sowie der Feuerlöscher unter dem Fahrersitz müssen mit einem geeigneten Hilfsmittel entstaubt werden.
- **Flächenreinigung:** Das Armaturenbrett, Lenkrad, Anzeige- und alle Bedienelemente im Cockpit sowie alle Ablageflächen, Armstützen, Seitenwände und ggf. Fensterrahmen innen im Fahrgastraum. Ggf. vorhandene Monitore/ Display sind keinesfalls feucht zu reinigen, sondern dürfen nur mit Hilfe geeigneter Reinigungstücher trocken abgewischt werden. Zur Reinigung der Bedienelemente (Taster, Schalter, Drehknöpfe, Hebel usw.) können Reinigungsmittel auf Seifenbasis verwendet werden. Dabei muss jedoch besonders auf einen mäßigen Einsatz von Wasser geachtet werden (nebefleuchte weiche Tücher), da es sonst zu Schäden an der Fahrzeugelektronik kommen kann.
- **Bodenreinigung:** Gummimatten sind zur Bodenreinigung aus dem Fahrzeug herauszunehmen und getrennt zu reinigen. Der Fahrzeugboden ist, ohne die Matten nass und trocken zu reinigen, inklusive der Trittstufe und den Bodenleisten. Die Matten müssen danach wieder an ihren vorgesehenen Platz gelegt werden. Bei rollstuhlgerechten Fahrzeugen ist auch die Rampe sowie die Bodenabdeckung etc. zu reinigen.
- **Desinfizieren:** Alle Kontaktflächen (u.a. Lenkrad, Bedienelemente Fahrerarbeitsplatz, Gurte, Armlehnen, Griffe) müssen desinfiziert werden. Bei rollstuhlgerechten Fahrzeugen sind auch alle Sondergurte und -anbauten sowie die Griffe der Rampe zu desinfizieren. Es ist auf die Verwendung von Desinfektionsmitteln zu achten, die Kunststoffoberflächen nicht anlösen und die in der „Liste der vom Robert-Koch-Institut geprüften und anerkannten Desinfektionsmittel und -verfahren“ (im jeweils aktuellen Stand) aufgeführt sind. Diese Arbeiten werden nur auf Zuruf durch den Auftraggeber ausgeführt.

- **Saisonale Arbeiten:** Im Winter sind bei der Boden- und Flächenreinigung etwaige Salzurückstände vollständig zu entfernen. Bei rollstuhlgerechten Fahrzeugen sind auch die Rampe sowie die Bodenabdeckung etc. vom Salz zu befreien.

Maximale Abrufmenge innerhalb der Laufzeit: 1000 x regelmäßige Reinigung Fahrzeuginnenraum

6.2. Reinigung der Sitze

Die Reinigung der Sitze soll regelmäßig erfolgen, aktuell wir von zweimal jährlich ausgegangen. Die genaue Anzahl an Fahrzeugen wird mit entsprechendem Vorlauf dem Dienstleister gemeldet, auch andere Intervalle sollen auf Basis dieses Angebots nach Abstimmung Auftraggeberin und Dienstleister möglich sein.

- Grundreinigung sämtlicher Kunstledersitze mit geeigneten Reinigungsmitteln und -geräten.
- In den Fahrzeugen, in denen Kindersitze verbaut sind, sind auch die Kindersitze zu reinigen.
- In den Fahrzeugen mit Sitzerhöhungen sind dies auch zu reinigen.
- Bei rollstuhlgerechten Fahrzeugen sind auch die Klappsitze zu reinigen.
- Kindersitze und Sitzerhöhungen

Maximale Abrufmenge innerhalb der Laufzeit: 250 x Reinigung der Sitze

6.3. Starkverschmutzungen Innenraum

Örtliche begrenzte Beseitigung von besonders starken Verschmutzungen (Kot, Erbrochenes, Blut) nach Meldung an den Auftraggeber und anschließender Beauftragung durch den AG oder gemäß Fotonachweis über Einheitspreis (Stundenverrechnungssatz) nach Arbeitsaufwand.

Maximale Abrufmenge innerhalb der Laufzeit: 400 Stunden Starkverschmutzung Innenraum.

6.4. Sonderreinigungen Innenraum

Diese Leistungen werden durch den AG vorgegeben und nach Stundenverrechnung abgerechnet. Z.B. Entfernung von großflächigen Graffiti an der Fahrzeugaußenseite mittels geeigneter Reinigungsmittel. Bei dem Entfernen vom Außengraffiti ist mit Vorsicht heranzugehen, da die Fahrzeuge foliert sind.

Maximale Abrufmenge innerhalb der Laufzeit: 200 Stunden Sonderreinigungen Innenraum

3.4.1. Akutsonderreinigung Innen (optional)

Optionale Sonderreinigung Innenraum:

Bei dem im Fahrgastbetrieb eingesetzten Fahrzeugen kann es im Einsatz zu Starkverschmutzungen kommen, welche schnellstmöglich gereinigt werden müssen. Örtliche Beseitigung von besonders starken Verschmutzungen (Kot, Urin, Erbrochenes, Blut) im Innenraum des Fahrzeuges. Beauftragung bei Bedarf durch den AG auf Zuruf an den AN.

Die Reinigung sollte innerhalb einer Stunde nach Benachrichtigung in den Betriebshöfen Mannheim oder Heidelberg erfolgen.

Diese Akutreinigung soll als Optionalposition angeboten werden.

Maximale Abrufmenge innerhalb der Laufzeit: 100 Stunden Akutsonderreinigungen.

6.5. Zeit & Ort der Leistungserbringung Innenreinigung

Montag bis Samstag in einem Zeitfenster von 3 Stunden in der Zeit zwischen 7 Uhr morgens und 20 Uhr abends können nach Abstimmung mit der Fahrzeugeinteilung jeweils drei bis vier Autos bereitgestellt werden. Sonntag stehen die meisten Fahrzeuge zur Verfügung und es könnten alle Fahrzeuge an einem Tag bereitgestellt werden. Eine Reinigung der Fahrzeuge nachts in der Zeit von 20 Uhr bis 4 Uhr wäre an allen Wochentagen möglich.

Die Leistung muss auf einem dafür geeigneten Reinigungsplatz erfolgen. Der Reinigungsplatz wird von der Auftraggeberin auf dem Betriebshof Möhlstraße 27, 68165 Mannheim und auf dem Betriebshof Bergheimer Straße 155, 69115 Heidelberg zur Verfügung gestellt. Der bestehende Reinigungsplatz in Mannheim befindet sich leicht wettergeschützt unter einer Rampe, ist beleuchtet und verfügt über eine Steckdose. Die Auftraggeberin behält sich vor, dass der Reinigungsort geändert werden kann. Darüber hinaus gehende Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Dienstleistung, bspw. der Verzicht auf vergleichsweise umweltbelastende Reinigungsmittel oder/ und konsequente Müllvermeidung und -trennung können im Reinigungskonzept genannt und dann durch die Auftraggeberin entsprechend positiv gewertet werden.

Die Fahrzeuge stehen standardmäßig auf dem Parkdeck der Bushalle M13 auf dem Betriebshof Möhlstraße und sind an Ladesäulen angeschlossen.

Die Fahrzeuge in Heidelberg stehen im Bereich der Emil-Meier Straße hinter dem Betriebshof und sind ebenfalls an Ladesäulen angeschlossen.

Die Fahrzeuge können jederzeit durch die rnv umgesetzt werden, Abrechnung mit der jeweiligen Anzahl der Fahrzeuge im Standort. (Standort scharf, eine Rechnung je Standort)

Die Fahrzeuge müssen zur Reinigung vom Parkplatz zum Reinigungsplatz und danach wieder zurück verbracht werden. Dies muss sowohl im Hinblick auf die Nutzung der Ladeinfrastruktur als auch des Fahrzeugs unter Berücksichtigung der geltenden Sicherheits- und Betriebsvorschriften erfolgen. Die Überführung muss grundsätzlich durch Personal des Auftragnehmers erfolgen, welches entsprechend qualifiziert und durch die Auftraggeberin eingewiesenen ist.

7. Leistungsbeschreibung Los 2 Außenreinigung

7.1. Regelmäßige Außenreinigung

Die Außenreinigung soll einmal pro Monat und Fahrzeug durchgeführt werden und muss mit geeigneten Reinigungsmitteln und -geräten erfolgen. Die Reinigung ist so durchzuführen, dass das Fahrzeug und die entsprechenden Materialien der Oberflächen nicht beschädigt oder optisch beeinflusst werden. Bei mechanischer Reinigung (Waschanlage) ist zusätzlich darauf zu achten, dass außenliegende Komponenten nicht beschädigt werden (z.B. Scheibenwischer, Außenantenne, Außenspiegel, ausfahrbare Trittstufe). Die Waschstraße sollte im Umkreis von 5 Kilometer des jeweiligen Betriebshofes sein, die Haftungsfrage muss bei Zuschlag geklärt sein. Die Fahrzeuge sind im rnv fips design foliert, die Folie darf ebenfalls nicht beschädigt werden.

- Reinigung der Fahrzeug Außenseite
- Frontscheibe und Seitenscheibe reinigen, um die Sicht des Fahrers zu gewährleisten

- Felgenreinigung

Saisonale Arbeiten: Im Winter sind etwaige Salzurückstände vollständig zu entfernen. Maximale Abrufmenge innerhalb der Laufzeit: 600 x regelmäßige Reinigung Fahrzeuginnenraum.

7.2. Erweiterte Außenreinigung

Die erweiterte Außenreinigung soll zweimal jährlich pro Fahrzeug durchgeführt werden und umfasst alle Leistungsinhalte der regelmäßigen Außenreinigung sowie folgende zusätzliche Leistungsinhalte:

- Unterbodenwäsche

Maximale Abrufmenge innerhalb der Laufzeit: 250 x erweiterte Außenreinigung

7.3. Sonderreinigung außen

Diese Leistungen werden durch den AG vorgegeben und nach Stundenverrechnung abgerechnet.

Maximale Abrufmenge innerhalb der Laufzeit: 100 Stunden Sonderreinigungen außen.

7.4. Zeit und Ort der Leistungserbringung Außenreinigung

Montag bis Samstag in einem Zeitfenster von 3 Stunden in der Zeit zwischen 7 Uhr morgens und 20 Uhr abends können nach Abstimmung mit der Fahrzeugeinteilung jeweils drei bis vier Autos bereitgestellt werden. Sonntag stehen die meisten Fahrzeuge zur Verfügung und es könnten alle Fahrzeuge an einem Tag bereitgestellt werden. Eine Reinigung der Fahrzeuge nachts in der Zeit von 20 Uhr bis 4 Uhr wäre an allen Wochentagen möglich. Die jeweiligen Zeiten können durch den AG auf Anforderung abgeändert werden.

Die Leistung muss auf einem dafür geeigneten Reinigungsplatz erfolgen.

Eine Außenreinigung, bei der Abwasser im Sinne der Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer anfällt, muss auf einem dafür geeigneten und zugelassenen Reinigungsplatz erfolgen. Ein solcher Reinigungsplatz kann durch die Auftraggeberin nicht auf deren Betriebsgelände zur Verfügung gestellt werden. Sofern erforderlich, muss dieser Reinigungsplatz durch den Auftragnehmer bereitgestellt werden. Die Möglichkeit einer externen Außenreinigung in einer Waschstraße kann durch den Auftragnehmer angeboten werden.

Sofern die Außenreinigung auf eine Art und Weise erfolgt, bei der kein Abwasser im oben genannten Sinne anfällt, so kann diese auf einen Reinigungsplatz auf dem Betriebshof Möhlstraße 27, 68165 Mannheim bzw. auf dem Betriebshof Bergheimer Straße 155, 69115 Heidelberg durchgeführt werden.

Die geltenden Vorschriften zur Sicherheit und Wasserentsorgung sind einzuhalten. Darüber hinaus gehende Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Dienstleistung, bspw. der Einsatz von Filteranlagen, die das Waschwasser wieder aufbereiten oder/und der Verzicht auf vergleichsweise umweltbelastende Reinigungsmittel können im Reinigungskonzept genannt und dann durch die Auftraggeberin entsprechend positiv gewertet werden.

Die Fahrzeuge müssen zur Reinigung vom Parkplatz zum Reinigungsplatz und danach wieder zurück verbracht werden. Dies muss sowohl im Hinblick auf die Nutzung der Ladeinfrastruktur als auch des Fahrzeugs unter Berücksichtigung der geltenden Sicherheits- und Betriebsvorschriften erfolgen. Die Überführung muss grundsätzlich durch Personal des Auftragnehmers erfolgen, welches entsprechend qualifiziert und durch die Auftraggeberin eingewiesen ist. Die ggf. erforderliche Überführung der Fahrzeuge an einen externen Reinigungsplatz muss ebenfalls durch Personal des Auftragnehmers erbracht werden. Die Fahrzeuge sind großflächig im fips Design foliert. Vor Allem bei der Außenreinigung ist darauf zu achten, dass die Folierung und auch das Fahrzeug selbst nicht beschädigt wird.

Die Fahrzeuge können jederzeit durch die rnv umgesetzt werden, Abrechnung mit der jeweiligen Anzahl der Fahrzeuge im Standort. (Standort scharf, eine Rechnung je Standort)

Fahrzeugreinigung der rnv (PKW)
[052-25-EK2]

Besondere Vertragsbedingungen

1 Vertragsgegenstand

Gegenstand des Vertrages ist die Fahrzeugreinigung für die PKW-Fahrzeuge der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) aus dem o.g. Vergabeverfahren.

Mit Zuschlagserteilung werden unter anderem die VOL/B Vertragsgegenstand.

Für die Durchführung dieses Vertrags gelten in nachstehender Reihenfolge, die zugleich Rangfolge ist:

1. die Besonderen Vertragsbedingungen,
2. Allgemeine Einkaufsbedingungen Dienstleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe
3. das (letzverbindliche) Angebot des Auftragsnehmers inkl. sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
4. das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden),
5. die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen,
6. die aktuell gültige Fassung der VOL/B,
7. die aktuell gültige Fassung des BGB.

Der Auftragnehmer hat bei der Aufgabenerfüllung alle einschlägigen gesetzlichen und sonstigen rechtlichen Bestimmungen und Vorschriften, die die vertraglich vereinbarte Leistung betreffen, in ihrer jeweiligen Fassung vollumfänglich zu beachten.

Die Einhaltung dieser Vorschriften schuldet der Auftragnehmer auch vertraglich gegenüber dem Auftraggeber.

1.1 Vertragslaufzeit

Die Vertragslaufzeit beginnt am 01.02.2026 und endet am 31.01.2028.

Für die rnv besteht darüber hinaus zweimal die Möglichkeit einer Verlängerung um jeweils ein Jahr. Sollte die rnv diese Verlängerungsoptionen ausüben wollen, erklärt Sie dies jeweils 3 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit in schriftlicher Form.

1.2 Kündigung

Sollte das FIPS-Projekt seitens der rnv eingestellt oder abgesagt werden und keine FIPS-Fahrzeuge mehr zur Reinigung bereitgestellt werden, endet die Geschäftsbeziehung automatisch mit dem Tag der Einstellung des Projekts. Eine Kündigung des Vertrages ist in diesem Fall nicht erforderlich. Beide Parteien sind von weiteren Verpflichtungen befreit, da der Vertragsgegenstand (die Reinigung der FIPS-Fahrzeuge) nicht mehr besteht. Die rnv verpflichtet sich, den Vertragspartner frühzeitig und schriftlich über die Einstellung des Projekts zu informieren.

Fahrzeugreinigung der rnv (PKW)
[052-25-EK2]

1.3 Leistungen

1.3.1 Leistungsbeschreibung

Die Leistungsbeschreibung geht aus diesen Vergabeunterlagen inklusive der Anhänge hervor. Der Auftragnehmer hat bei der Leistungserbringung sämtliche einschlägige rechtlichen Bestimmungen – insbesondere hygienerechtliche, arbeitsmedizinische und gesundheitsrechtliche Vorgaben - einzuhalten.

1.3.2 Leistungsumfang

Der Leistungsumfang geht aus diesen Vergabeunterlagen inklusive der Anhänge hervor. Die rnv ist berechtigt, jederzeit Leistungen aus dem vom Auftragnehmer gemäß den Anlagen zu erbringenden Leistungsumfang herauszunehmen oder diesem Leistungsumfang Leistungen hinzuzufügen.

Sofern eine derartige Änderung des Leistungsumfangs nicht zu einer wesentlichen Veränderung der Bereithaltungskosten für den Auftragnehmer führt, bedarf es dazu nicht der Zustimmung des Auftragnehmers.

Wesentliche Veränderungen der Bereithaltungskosten sind insbesondere dann gegeben, wenn vereinzelte Fahrzeuge dazu kommen oder wegfallen sowie Zyklen angepasst werden müssen. Auch für den Fall, dass die Erweiterung oder Einschränkung des Leistungsumfangs zu einer wesentlichen Veränderung der Bereithaltungskosten des Auftragnehmers führt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, einer Änderung des Leistungsumfangs auf Basis seiner Stundenverrechnungssätze zuzustimmen. Änderungen werden dem Auftragnehmer mit einer Vorlaufzeit von 4 Wochen mitgeteilt.

1.3.3 Leistungsort

Der Leistungsort wird je nach Fahrzeug, das in der Leistungsbeschreibung genannt ist, festgelegt. Ist das Fahrzeug für Mannheim vorgesehen, gilt Mannheim als Leistungsort, für Heidelberg entsprechend Heidelberg und für Ludwigshafen Ludwigshafen.

1.3.4 Abrufmengen

Die Leistungsbeschreibung geht aus der entsprechenden Anlage hervor. Die dort sowie im Preisblatt definierten Mengen sind als "Maximal-Mengen" zu verstehen. Ein Abruf über diese Maximalmengen hinaus erfolgt nicht. Es besteht keine Abnahmeverpflichtung seitens des Auftraggebers.

1.4 Nebenpflichten des Auftragnehmers

1.4.1 Fundsachen

Sämtliche Fundgegenstände die durch den Auftragnehmer bzw. seine Erfüllungsgehilfen in den Fahrzeugen der rnv gefunden werden sind unverzüglich am Zentralempfang der rnv abzugeben. Ein Finderlohn wird hierfür nicht gezahlt.

1.5 Nebenpflichten der rnv

1.5.1 Wasser und Strom

Die rnv stellt dem Auftragnehmer ohne Berechnung Wasser sowie Strom zur Leistungserbringung zur Verfügung.

1.5.2 Räumlichkeiten

Die rnv stellt dem Auftragnehmer ohne Berechnung Räumlichkeiten zur Verfügung, in denen Betriebsmittel und Materialien gelagert werden können, die zur Ausführung des Auftrags erforderlich sind. In den Räumen dürfen keine Waschmaschinen, Trockner und andere stationäre Maschinen betrieben werden, es handelt sich um reine Abstellflächen.

Fahrzeugreinigung der rnv (PKW)
[052-25-EK2]

Die Reinigung dieser Räumlichkeiten erfolgt durch den Auftragnehmer und wird von der rnv nicht vergütet.

1.5.3 Personal

Der Auftragnehmer ist verpflichtet ausschließlich zuverlässiges Personal einzusetzen, welches für die von ihm zu erbringenden Leistungen über alle notwendigen Voraussetzungen wie Ausbildung, Berufserfahrung und Weiterbildung etc. verfügt.

Ferner sind der Auftragnehmer, sowie sämtliche seiner Erfüllungsgehilfen verpflichtet alle geltenden gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten.

Insofern es von der rnv verlangt wird, ist der Auftragnehmer verpflichtet auf seine Kosten ein polizeiliches Führungszeugnis, seiner im Zuge dieses Auftrages beschäftigten Erfüllungsgehilfen

vorzulegen. Auf Verlangen des Auftraggebers der Auftragnehmer verpflichtet in begründeten Fällen sein Personal auszutauschen, dies gilt insbesondere für grobe Zuwiderhandlungen.

1.5.4 Arbeitskleidung / Ausweise

Der Auftragnehmer ist verpflichtet sicherzustellen, dass das eingesetzte Personal während der Arbeitszeit in den Objekten der rnv eine einheitliche vom Auftragnehmer gestellte Arbeitskleidung trägt.

Die Arbeitskleidung ist mit der Firmierung oder einem Firmenlogo des Bieters zu versehen. Die rnv stellt dem Personal des Auftragnehmers entsprechende Ausweise zur Verfügung, diese dienen auch zum Öffnen verschiedener Türen/Tore. Hierfür muss der Auftragnehmer der rnv auf Anforderung entsprechende Lichtbilder zur Verfügung stellen.

Die Ausweise sind innerhalb der Objekte sichtbar an der Arbeitskleidung zu tragen, entsprechende Tragehüllen sind vom Auftragnehmer zu stellen.

1.5.5 Verbot der Einblicknahme

Es ist dem Auftragnehmer sowie seiner Erfüllungsgehilfen ausdrücklich verboten, Einblick in Dokumente, Akten usw. der rnv zu nehmen oder gar Abschriften, Kopien oder Bilder und dergleichen anzufertigen.

Außerdem dürfen weder Schreibtische noch Schränke oder sonstige Behältnisse ohne Zustimmung des Besitzers geöffnet werden.

1.6 Reinigungsmaterial und Geräte

Alle zur Durchführung der vertraglichen Reinigungsarbeiten erforderlichen Maschinen, Geräte, Materialien und Reinigungs- u. Pflegemittel sind vom Auftragnehmer zu stellen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet nur hochwertige und einwandfreie Reinigungs- und Pflegemittel, Materialien, Geräte und Maschinen mit bestimmungsgemäßem Gebrauch zur Verwendung einzusetzen und eine vorschriftsmäßige Lagerung dieser vorzunehmen.

Ferner ist der Auftragnehmer auf begründeten Wunsch der rnv dazu verpflichtet Reinigungsmaterial, -mittel und – geräte auszutauschen. Dies gilt insbesondere für Bedenken im Bezug auf Arbeits- / Gesundheitsschutz und Brandschutz.

1.6.1 Betriebsmittel

Vor dem Einsatz ist der Auftragnehmer verpflichtet sich eine schriftliche Freigabe bei der rnv einzuholen. Zu dieser Freigabe legt der Auftragnehmer der rnv sämtliche Technische Dokumentationen vor.

Fahrzeugreinigung der rnv (PKW)
[052-25-EK2]

Sämtliche Maschinen und Geräte die zu Einsatz kommen müssen über das VDE und GS Zeichen verfügen, außerdem sind diese einer jährlichen Prüfung nach DGUV Vorschrift 3 Elektrische Anlagen und Betriebsmittel zu unterziehen.

1.6.2 Reinigungs- und Pflegemittel

Vor dem Einsatz ist der Auftragnehmer verpflichtet sich eine schriftliche Freigabe bei der rnv einzuholen. Zu dieser Freigabe legt der Auftragnehmer der rnv sämtliche Datenblätter, Sicherheitsanweisungen, Dokumentation der Schulung seiner Erfüllungsgehilfen im Umgang mit dem jeweiligen Mittel sowie Proben vor.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet die von der rnv zur Verfügung gestellten Pflege- und Reinigungsanweisungen einzuhalten und ausschließlich umweltverträgliche und biologisch abbaubare Produkte einzusetzen.

2.1 Vergütung

2.1.1 Preise

Sämtliche Preise sind Festpreise und beinhalten alle anfallenden Nebenkosten.
Alle Preise sind ohne Umsatzsteuer zu berechnen.

2.1.1.1 Preisanpassungen

Preisanpassungen sind frühestens ab dem 01.01.2027 und maximal einmal pro 12 Monaten möglich. Sollten sich vorab gesetzliche oder tarifliche Rahmenbedingungen ändern sind in diesem Fall auch Anpassungen, die auf dieser Änderung basieren und daraus resultieren möglich.

Bei Anpassungen am Lohntarifvertrag kann der Auftragnehmer eine Preiserhöhung anteilig, in Höhe seines Lohnkostenanteils geltend machen.

2.1.2 Zahlungsbedingungen

2.1.2.1 Rechnungsstellung

Rechnungen sind durch den Auftragnehmer unter gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer und der Angabe der Bestellnummer per E-Mail als pdf-Datei an folgende Email-Adresse:

rg_rnv@rnv-online.de

Die Mindestanforderungen zu Dateiformat und Inhalt gem. Anlage „Merkblatt Elektronische Rechnung“ sind zu beachten.

2.1.2.2 Rechnungsbearbeitung

Sollte der Auftragnehmer die Bestellnummer nicht auf der Rechnung vermerken bzw. werden nachprüfbare Unterlagen oder Nachweise nicht eingereicht, ist eine Bearbeitung durch die rnv nicht möglich und auch nicht geschuldet. In diesem Fall wird die rnv die Rechnung zu ihrer Entlastung an den Auftragnehmer zurücksenden. Des Weiteren sind die Leistungsscheine in den Fällen, wo solche gefordert sind, als Anlage der Rechnung beizufügen.

2.1.2.3 Zahlungsziel

Das Zahlungsziel beträgt grundsätzlich 30 Tage netto.

Fahrzeugreinigung der rnv (PKW)
[052-25-EK2]

2.1.2.4 Zahlungsverkehr

Die rnv leistet Zahlungen gemäß dem Zahlungsziel bargeldlos auf das vom Auftragnehmer anzugebende Konto. Die Angabe muss zwingend in Form einer IBAN (International-Bank-Account-Number) und BIC (Bank-Identifizierungs-Code) erfolgen.

2.2 Salvatorische Klausel

Sollten hier genannte Bedingungen rechtsunwirksam sein oder werden oder sollte sich in den Ausschreibungs- und Zuschlagsunterlagen eine Lücke herausstellen, wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bedingungen nicht berührt. Die unwirksame Bedingung wird in diesem Falle so umgedeutet oder ergänzt, dass der mit der unwirksamen Bedingung beabsichtigte Zweck weitestgehend erreicht wird.

2.3 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist Mannheim, es gilt ausschließlich deutsches Recht.

Allgemeine Einkaufsbedingungen Dienstleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen für den Einkauf von Dienstleistungen (AEB Dienstleistungen) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern („Auftragnehmer“), die eine Dienstleistung für uns erbringen. Die AEB Dienstleistungen gelten nur, wenn der Auftragnehmer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- (2) Die AEB Dienstleistungen gelten für alle Verträge, mit denen die rnv-Gruppe Dienstleistungen i.S.d. §§ 611 ff. BGB (mit Ausnahme von IT-Leistungen) in Auftrag gibt, ohne Rücksicht darauf, ob der Auftragnehmer die Leistung selbst durchführt oder bei Subunternehmern einkauft. Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB Dienstleistungen in der zum Zeitpunkt der Beauftragung gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten. Sollten neben dienstvertraglichen Leistungen zugleich auch werkvertragliche Inhalte beauftragt werden, gelten für Letztere insoweit ergänzend unsere Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen, wobei diese bei Widersprüchen Vorrang vor den AEB Dienstleistungen haben.
- (3) Diese AEB Dienstleistungen gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers dessen Leistungen vorbehaltlos annehmen.
- (4) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Auftragnehmer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB Dienstleistungen. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.
- (5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Auftragnehmers in Bezug auf den Vertrag (z. B. Fristsetzung, Mahnung, Kündigung) sind schriftlich, d. h. in Schrift- oder Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax), abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise, insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden, bleiben unberührt.
- (6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB Dienstleistungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Vertragsschluss

- (1) Unsere Beauftragung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Auftragnehmer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- (2) Der Auftragnehmer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 5 Arbeitstagen schriftlich zu bestätigen (Annahme).

§ 3 Leistungserbringung

- (1) Leistungsinhalt- und -umfang ergeben sich aus der Bestellung sowie ergänzend aus dem Angebot.
- (2) Der Auftragnehmer wird die Leistungen mit äußerster Sorgfalt unter Beachtung des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik zum jeweiligen Leistungszeitpunkt mit qualifizierten Mitarbeitern erbringen, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Von uns benannte Leistungsmerkmale entbinden den Auftragnehmer nicht von der Verantwortung, eine technisch und wirtschaftlich korrekte Leistungserbringung zu gewährleisten. Er wird uns unverzüglich darauf hinweisen, wenn aus seiner Sicht Änderungen der vertragsgegenständlichen Leistungen möglich sind, die zu einer Verbesserung führen. In diesem Fall finden die Ziffern 5. (3) und 5. (4) Anwendung.

- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für alle für den Einsatz von Mitarbeitern erforderlichen Genehmigungen, Meldungen, Abgaben und sonstigen Erfordernisse selbst und auf eigene Kosten und Verantwortung zu sorgen und auch sonst alle arbeitsrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Das Weisungs- und Direktionsrecht gegenüber Mitarbeitern verbleibt stets beim Auftragnehmer.
- (4) Der Auftragnehmer wird die vertragsgegenständlichen Leistungen nur auf unserem Gelände erbringen, soweit dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der Bestellung zwingend erforderlich ist und dies vorab schriftlich vereinbart wurde. In diesem Fall werden wir dem Auftragnehmer geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.
- (5) Auf unser Verlangen hat der Auftragnehmer jederzeit schriftlich oder in Textform Auskunft über den aktuellen Stand der Leistungserbringung zu geben.
- (6) Soweit sich aus der Bestellung nichts anderes ergibt, gilt unser Geschäftssitz als Erfüllungsort.
- (7) Der Auftragnehmer stellt den Besteller von allen etwaigen Ansprüchen aufgrund einer Verletzung der Pflichten gemäß dieser Ziffer 3 durch den Auftragnehmer oder durch Dritte frei. Weitere Rechte unsererseits bleiben unberührt. Insbesondere berechtigt ein Verstoß gegen eine Verpflichtung aus dieser Ziffer 3 zur außerordentlichen Kündigung.

§ 4 Leistungszeit und Verzug

- (1) Die von uns in der Bestellung angegebene Leistungszeit ist bindend. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Leistungszeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (2) Die stillschweigende Verlängerung des Dienstverhältnisses über den Vertragszeitraum hinaus ist ausgeschlossen. § 625 BGB findet keine Anwendung.
- (3) Erbringt der Auftragnehmer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Leistungszeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Kündigung und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 4 bleiben unberührt.
- (4) Ist der Auftragnehmer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugschadens in Höhe von 0,2 % des Nettopreises provollendetem Werktag verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des Auftragswertes netto der verspätet durchgeführten Leistung. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

§ 5 Change Request, Mehraufwendungen

- (1) Wir sind berechtigt, die Anforderungen an die vertragsgegenständlichen Leistungen sowie sonstige Vertragsbedingungen gemäß dem nachfolgenden Change Request Prozess zu ändern.
- (2) Wünsche zur Änderung und/oder Ergänzung des Vertrages teilen wir dem Auftragnehmer schriftlich oder per E-Mail mit („Change Request“).
- (3) Der Auftragnehmer informiert uns spätestens sieben Werktage nach Zugang des Change Request schriftlich oder per E-Mail darüber, ob und wie sich der Change Request auf den jeweils vereinbarten Zeitplan, die Vergütung und/oder sonstige Vertragsbedingungen auswirkt, und unterbreitet uns ein Angebot zur Umsetzung des Change Request. Die Pflicht zur Abgabe eines Angebots besteht nicht, wenn der Change Request für den Auftragnehmer unzumutbar ist. Führt die Umsetzung des Change Request zu Änderungen der Vergütung oder des Zeitplans, sind diese auf Basis der ursprünglichen Kalkulationsgrundlage zu ermitteln. Erfolgt keine Einigung, können wir den Vertrag über die konkret zu ändernde Leistung außerordentlich kündigen, wenn uns ein Festhalten am Vertrag ohne die verlangte Änderung unsererseits unzumutbar ist.
- (4) Nehmen wir das Angebot schriftlich oder per E-Mail an, wird der Change Request Bestandteil des Vertrages und ändert und/oder ergänzt diesen z. B. hinsichtlich der zu erbringenden Leistungen, des Zeitplans und der Vergütung.
- (5) Ist der Auftragnehmer der Auffassung, dass unsere Vorgaben oder andere von uns zu vertretende Umstände zu einem erhöhten Arbeitsaufwand führen und/oder Auswirkungen auf die jeweils vereinbarten Termine und/oder die Vergütung haben, oder hält der Auftragnehmer Änderungen an den

vertragsgegenständlichen Leistungen und/oder sonstigen Vertragsbedingungen für erforderlich oder sinnvoll, so wird er uns dies unverzüglich schriftlich oder per E-Mail anzeigen. In diesem Fall finden die Ziffern 5.3 und 5.4 Anwendung, wobei das Angebot zeitgleich mit der Anzeige zu unterbreiten ist.

- (6) Mehraufwendungen werden nur erstattet und eine zusätzliche Vergütung nur gezahlt, wenn die Zahlung ausdrücklich schriftlich gemäß Ziffer 5.4 vereinbart wurde. Der Auftragnehmer kann sich auf eine Verschiebung der vereinbarten Termine wegen Behinderung nur berufen, wenn er uns dies gemäß Ziffer 5.5 rechtzeitig und ordnungsgemäß angezeigt hat.

§ 6 Höhere Gewalt

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, unverschuldete Betriebsstörungen, Unruhen, Pandemien, behördliche Maßnahmen und sonstige für uns unabwendbare, nicht von uns schuldhaft herbeigeführte vergleichbare Ergebnisse berechtigen uns – unbeschadet unserer sonstigen Rechte –, die Annahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem Auftragnehmer hierdurch Ansprüche entstehen oder, soweit sie nicht von unerheblicher Dauer sind und eine erhebliche Verringerung unseres Bedarfes zur Folge haben, den Vertrag ganz oder teilweise zu kündigen.

§ 7 Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund, Vermögensverfall

- (1) Wenn beim Auftragnehmer besondere Umstände eintreten, die die Erfüllung der geschuldeten Leistung oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber uns gefährden, hat der Auftragnehmer uns hierüber unverzüglich zu unterrichten. Besondere Umstände in diesem Sinne liegen insbesondere vor, wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder der Werthaltigkeit einer von ihm gestellten Sicherheit eintritt oder eintreten droht.
- (2) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung von Fristen durch Kündigung zu beenden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der uns die Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Auftragnehmers unzumutbar werden lässt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn besondere Umstände im Sinne von Abs. 1 vorliegen, unabhängig davon, ob der Auftragnehmer seiner Informationspflicht genügt hat oder nicht.

§ 8 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer hat die zur Erfüllung der von ihm übernommenen Leistungen notwendigen technischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen und während der Laufzeit dieses Vertrages vorzuhalten.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Rahmen der Leistungserbringung alle einschlägigen Rechtsvorschriften und Regelwerke bezüglich Unfallverhütung, Arbeitnehmer- und Umweltschutz einzuhalten. Unbeschadet sonstiger Verpflichtungen muss er die zehn Global-Compact-Prinzipien des United Nations Global Compact in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umwelt und Korruptionsprävention erfüllen, die unter folgender Website zugänglich sind und die wir auf Anforderung kostenfrei übersenden: <https://www.globalcompact.de/ueber-uns>
- (3) Der Auftragnehmer hat die erforderlichen Genehmigungen in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten zu beantragen und vorzuhalten.
- (4) Der Auftragnehmer hat sein Personal fachlich zu schulen.
- (5) Der Auftragnehmer hat die Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Der Verstoß des Auftragnehmers gegen seine Eigenleistungsverpflichtung ist eine Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung im Sinne des § 280 BGB. Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistung insgesamt oder wesentlicher Teile davon nur mit unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung an geeignete Unterauftragnehmer übertragen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen oder solchen Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist, allerdings sind wir in solchen Fällen schriftlich zu informieren. Eine von uns nicht genehmigte Vergabe von wesentlichen Leistungen an einen Nachunternehmer berechtigt uns zur Festsetzung einer Vertragsstrafe sowie zur fristlosen Kündigung des Vertrages. Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass etwaige Unterauftragnehmerleistungen nur an Unternehmen vergeben werden, die über eine vergleichbare Zertifizierung bzw. Qualifikation wie der

Auftragnehmer verfügen und dieselben bzw. vergleichbare Qualitätsstandards einhalten. Unterauftragnehmer des Auftragnehmers sind dessen Erfüllungsgehilfen.

- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren.
- (7) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Schäden, einschließlich der Kosten der notwendigen Rechtsverfolgung, frei, die dieser aufgrund von Verletzungen des LkSG durch den Auftragnehmer erleidet.

§ 9 Pflicht zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (MiLoG)

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine eigenen Arbeitnehmer entsprechend der jeweils gültigen Regelung des Mindestlohngesetzes („MiLoG“) zu beschäftigen, ihnen insbesondere das im MiLoG vorgesehene Mindestentgelt zu bezahlen. Sollte sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eines Unterauftragnehmers bedienen, so verpflichtet er sich, diesen ebenfalls zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten und hierüber Nachweis zu führen.
- (2) Weiterhin stellt der Auftragnehmer uns von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus einem Verstoß gegen die Bestimmungen des MiLoG durch den Auftragnehmer oder beauftragte Subunternehmer ergeben.
- (3) Die Einhaltung des MiLoG ist wesentliche Vertragspflicht. Der Auftragnehmer wird jederzeit auf Nachfrage uns gegenüber unverzüglich den Nachweis führen (z.B. durch Arbeitszeitznachweise und Lohnabrechnungen), dass er und seine Unterauftragnehmer die jeweils gültigen Regelungen des MiLoG einhalten und eingehalten haben.
- (4) Für den Fall, dass der Auftragnehmer den vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommt oder im Falle falscher Angaben zur Einhaltung des MiLoG, sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Frist gemäß Ziffer 7 Abs. 2 zu beenden. Dieses Recht besteht auch dann, wenn ein vom Auftragnehmer beauftragter Unterauftragnehmer, dessen Mitarbeiter zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers uns gegenüber eingesetzt werden, die Regelungen des MiLoG nicht einhält.
- (5) Die Behauptung eines Verstoßes gegen die Regelungen des MiLoG oder der vorstehenden Regelungen ist ausreichend für das unter Abs. 4 genannte Kündigungsrecht, wenn der Auftragnehmer nicht binnen einer Frist von zehn Tagen nach Kenntnis von der Behauptung diese widerlegen kann. Einer vorherigen Abmahnung bedarf es nicht.

§ 10 Haftung und Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen gemäß den Vorgaben der Leistungsbeschreibung durchzuführen. Er trägt die sich aus der Leistungserbringung ergebende Gefahr.
- (2) Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Unsere Haftung ist im Falle einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten ausgeschlossen und im Falle der Fahrlässigkeit im Übrigen auf den vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden beschränkt. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, ohne deren Erfüllung der Zweck des Vertrages gefährdet ist bzw. auf deren Einhaltung der Vertragspartner vertrauen darf. Dies gilt jedoch nicht im Falle der Verletzung von Leben, Leib und Gesundheit sowie im Falle der Verletzung einer Garantie und der Haftung nach dem ProdHaftG.
- (4) Schäden von Gesellschaften der rnv-Gruppe können wir wie eigene Schäden gegenüber dem Auftragnehmer geltend machen.

- (5) Der Auftragnehmer stellt uns von sämtlichen zivil- und/oder öffentlich-rechtlichen Ansprüchen bzw. den Folgen einer Inanspruchnahme durch Dritte frei, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der vom Auftragnehmer übernommenen Leistungen erhoben werden.

§ 11 Versicherungspflicht

- (1) Der Auftragnehmer hält eine (Betriebs- bzw. Berufs-)Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht. Diese muss unter Berücksichtigung des Auftragsvolumens einen ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potenziell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe, jedenfalls aber in Höhe von 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr zweifach maximiert sicherstellen und soweit potenziell Produkthaftpflichtansprüche in Betracht kommen, diese miteinschließen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.
- (2) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit eine Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Uns sind auf Verlangen jederzeit Deckungsbestätigungen zur Einsicht vorzulegen. Kommt der Auftragnehmer der Aufforderung nicht nach, haben wir ein Zurückbehaltungsrecht.

§ 12 Weisungs-, Kontroll- und Informationsrechte des Auftraggebers

- (1) Wir sind berechtigt, die dem Auftragnehmer übertragenen Leistungen selbst oder durch beauftragte Dritte zu überwachen. Der Auftragnehmer und dessen Bedienstete sind verpflichtet, unseren mündlichen und schriftlichen Weisungen zur Ausführung der Arbeit Folge zu leisten.
- (2) Der Auftragnehmer ist gehalten, uns auf unsere Anforderung unverzüglich und jederzeit sämtliche Informationen im Zusammenhang mit der Vertragsdurchführung zu erteilen, Einsicht in sämtliche die Vertragsdurchführung betreffende Unterlagen zu gewähren und uns Zutritt zu sämtlichen mit der Vertragsdurchführung in Zusammenhang stehenden Grundstücken, Gebäuden, Fahrzeugen oder sonstigen technischen Einrichtungen zu gestatten. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf elektronisch gespeicherte Daten.
- (3) Der Auftragnehmer ist ferner verpflichtet, uns über alle besonderen Vorkommnisse, insbesondere solche, die mit dem Betrieb der zur Leistungserbringung erforderlichen Anlagen in Zusammenhang stehen, unverzüglich zu unterrichten. Dies gilt insbesondere für Betriebsstörungen.
- (4) Der Auftragnehmer hat uns unverzüglich und unaufgefordert schriftlich darüber zu unterrichten, wenn gegen ihn bzw. seine Mitarbeiter und/oder etwaige Unterauftragnehmer bzw. deren Mitarbeiter behördliche Verfügungen, Bußgeldbescheide, Strafbefehle oder Urteile ergehen, die im Zusammenhang mit den vom Auftragnehmer zu erbringenden vertraglichen Leistungen stehen bzw. auf diese Auswirkungen haben können. Entsprechendes gilt für behördliche und/oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.
- (5) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass er bzw. seine Mitarbeiter jederzeit im Besitz der unter Umständen erforderlichen behördlichen Genehmigungen ist/sind. Etwa hierdurch entstehende Kosten hat der Auftragnehmer zu tragen.

§ 13 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer, auch wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- (2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Auftragnehmers sowie alle Nebenkosten ein.
- (3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Auftragnehmer 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
- (4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Bei Zahlungsverzug schulden wir Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB.

§ 14 Aufrechnung, Zurückbehaltung, Konzernverrechnung

- (1) Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder wegen rechtskräftig festgestellter oder nicht bestrittener Gegenforderungen aus demselben Vertragsverhältnis ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.
- (2) Wir sind berechtigt, mit allen eigenen Forderungen sowie mit Forderungen von anderen Gesellschaften der rnv-Gruppe gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die diesem gegen uns oder eine andere Gesellschaft der rnv-Gruppe zustehen. Eine Auflistung der Gesellschaften der rnv-Gruppe erhält der Auftragnehmer jederzeit auf Anfrage.
- (3) Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Auftragnehmer zustehen.
- (4) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt.

§ 15 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

- (1) Der Auftragnehmer darf im werblichen Auftritt auf geschäftliche Verbindungen mit uns erst mit unserer schriftlichen Zustimmung hinweisen. Die Zustimmung darf nicht aus unbilligen Gründen verweigert werden.
- (2) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.
- (3) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z. B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Auftragnehmer beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Auftragnehmers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.
- (4) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Auftragnehmer wird für uns vorgenommen.

§ 16 Rechte an Arbeitsergebnissen /Urheberrechte

- (1) Im Zusammenhang mit der Durchführung von Dienstleistungsverträgen entstehende Nutzungsrechte an Dokumentationen, Berichten, Schaubildern, Diagrammen, Bildern, Fotos, Filmen, Trägern von Daten zur visuellen Wiedergabe, Datenträgern etc. stehen ausschließlich und vollumfänglich uns zu.
- (2) Wir werden Eigentümer aller von dem Auftragnehmer gelieferten und im Rahmen dieses Vertrages erstellten Unterlagen. An diesen sowie an sonstigen aus der Zusammenarbeit entstandenen Ergebnissen und ungeschützten Kenntnissen erhalten wir ein ausschließliches, unwiderrufliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich uneingeschränktes, übertragbares Nutzungsrecht für sämtliche Nutzungsarten.
- (3) Werden im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrages bereits vorhandene gewerbliche Schutzrechte, Urheberrechte oder ungeschützte Kenntnisse (Know-how) des Auftragnehmers verwendet und sind diese zur Verwertung des Arbeitsergebnisses durch uns notwendig, erhalten wir daran ein nicht ausschließliches Benutzungsrecht; dieses ist mit der vertraglichen Vergütung abgegolten, es beinhaltet sämtliche, insbesondere die unter Ziffer 16.1 genannten Nutzungsarten.
- (4) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass sämtliche erbrachten Leistungen frei von Rechten Dritter sind, andernfalls muss er vertraglich mit den Urhebern vereinbaren, dass er zur Rechtseinräumung berechtigt ist. Er stellt uns von allen Ansprüchen Dritter, einschließlich der in diesem Zusammenhang entstehenden notwendigen gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten und Aufwendungen, insbesondere Rechtsanwaltskosten, vollumfänglich frei, die diese gegen uns wegen der Verletzung von Rechten an den vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen geltend machen.

- (5) Der Auftragnehmer wird uns alle Erfindungen oder sonstigen schutzfähigen Ergebnisse, die im Zusammenhang mit den für uns erbrachten Leistungen entstehen, unverzüglich melden und uns alle erforderlichen Auskünfte erteilen. Sämtliche Erfindungen sind auf uns zu übertragen.

§ 17 Compliance

- (1) Der Auftragnehmer bzw. seine Beschäftigten und/oder Erfüllungsgehilfen dürfen keine geschäftlichen Handlungen begehen, durch welche sie sich wegen Betrug oder Untreue, Insolvenzstraftaten, Beschränkungen des Wettbewerbs, Vorteilsgewährung, Vorteilsannahme, Bestechung, Bestechlichkeit oder vergleichbaren Delikten strafbar machen oder die eine Ordnungswidrigkeit darstellen. Bei einem Verstoß sind wir berechtigt, alle geschäftlichen Kontakte zum Auftragnehmer zu beenden und bestehende Verträge außerordentlich zu kündigen bzw. von allen bestehenden Verträgen zurückzutreten. Hierdurch wird der Auftragnehmer nicht von der Pflicht entbunden, alle die Zusammenarbeit mit uns betreffenden Gesetze und Regelungen einzuhalten.
- (2) Hat der Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistung nachweislich eine Abrede getroffen, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung oder eine unlautere Verhaltensweise darstellt, hat er pauschalierten Schadensersatz in Höhe von 15 % der Abrechnungssumme an uns zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

§ 18 Rechtswahl und Gerichtsstand

- (1) Für diese AEB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.
- (2) Ist der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Mannheim. Entsprechendes gilt, wenn der Auftragnehmer Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Leistungsverpflichtung gemäß diesen AEB Dienstleistungen bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Auftragnehmers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

Stand: Januar 2024

Erläuterung der Wertungskriterien

für je Los 1 und Los 2

Zuschlagskriterium	Gewichtung in % an Gesamtbewertung	Unterkriterien	Absolute Gewichtung Unterkriterium in %
Preis	50	Fiktiver Wertungspreis inkl. optionaler Leistungen	100
Weitere Zuschlagskriterien			
1. Qualitätssicherungskonzept	25	2.1 Ökologie & Nachhaltigkeit	20
		2.2 Qualitätssicherung	10
		2.3. Beschwerdemanagement	10
		2.4. Maschineneinsatz & Reinigungsmethoden	10
2. Personaleinsatzkonzept	25	2.1. Steuerungskonzept und Personaleinsatz	30
		2.2. Schulung / Einweisung- und Weiterbildung	10
		2.3. Urlaubs- und Vertretungsplanung	10
Gesamtbewertung	100	Gesamt	200

Zuschlagskriterium Preis

Das Zuschlagskriterium Preis wird mit einem Gesamtanteil von 50% gewertet. Dies entspricht maximal 100 Wertungspunkten.

Für die Bewertung des Zuschlagskriteriums Preis wird der fiktive Gesamtpreis gemäß Preisblatt inkl. aller Optionen herangezogen.

Der niedrigste Wertungspreis erhält hierbei die Höchstpunktzahl. Die Wertungszahl (P-Wert) des jeweiligen Angebotes wird mit folgender Formel ermittelt:

$$\text{P-Wert} = 100 \times \frac{\text{Niedrigster Wertungspreis}}{\text{Wertungspreis des jeweiligen Angebotes}}$$

2 Weitere Zuschlagskriterien

Die weiteren Zuschlagskriterien (Leistungskriterien) werden mit einem Gesamtanteil von 50% gewertet. Sie werden in zwei Kriterien unterteilt mit jeweils weiteren Unterkriterien.

Die Höchstpunktzahl der weiteren Zuschlagskriterien beträgt 100 Wertungspunkte.

Qualitätssicherungskonzept

Das Zuschlagskriterium „Qualitätssicherungskonzept“ wird mit einem Gesamtanteil von 25% gewertet. Dies entspricht 50% innerhalb des Anteils der Leistungskriterien. Die Höchstpunktzahl dieses Kriteriums beträgt 50 Wertungspunkte. Je Unterkriterium sind maximal 5 Wertungspunkte zu erreichen.

Die erreichte Punktzahl richtet sich nach der Bewertung des Auftraggebers des vom Bieter eingereichten Konzeptes, welches auch Vertragsbestandteil wird, anhand der benannten Bewertungsstufen.

Für die Konzepte sind ausschließlich die zur Verfügung gestellten Vorlagen zu verwenden. Die Nutzung eigener Dokumente führt zum Ausschluss des Angebots.

Bewertungsstufe	Inhalt	Punkte
Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen	unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise	1
Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen	einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise	2
Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen	brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise	3
Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise	klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise	4
Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise	klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise	5

Personaleinsatzkonzept

Das Zuschlagskriterium „Personaleinsatzkonzept“ wird mit einem Gesamtanteil von 25% gewertet. Dies entspricht 50% innerhalb des Anteils der Leistungskriterien. Die Höchstpunktzahl dieses Kriteriums beträgt 50 Wertungspunkte. Je Unterkriterium sind maximal 5 Wertungspunkte zu erreichen.

[Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH]
[052-25-EK2]

Die erreichte Punktzahl richtet sich nach der Bewertung des Auftraggebers des vom Bieter eingereichten Konzeptes, welches auch Vertragsbestandteil wird, anhand der benannten Bewertungsstufen.

Für die Konzepte sind ausschließlich die zur Verfügung gestellten Vorlagen zu verwenden. Die Nutzung eigener Dokumente führt zum Ausschluss des Angebots.

Bewertungsstufe	Inhalt	Punkte
Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen	unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise	1
Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen	einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise	2
Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen	brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise	3
Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise	klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise	4
Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise	klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise	5

Gewichtung der Unterkriterien

Aus den Kriterien und deren Gewichtung wird jeweils der Leistungswert (L-Wert) ermittelt. Dies erfolgt auf Grundlage folgender Formel:

$$\text{L-Wert} = \frac{\text{die vom Bieter erreichte Punktzahl (max. 5)}}{\text{max. zu erreichende Punktzahl (5)}} \times \text{Gewichtung des Kriteriums}$$

Die Summe dieser Werte wird für die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots herangezogen.

Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt auf Grundlage folgender Formel:
 Z-Wert = Gewichtung des Kriteriums Preis x P-Wert + Gewichtung Leistungskriterien * L-Wert

Daraus ergibt sich in diesem Verfahren folgende Formel:
 Z-Wert = 0,5 x P-Wert + 0,5 x Summe der L-Werte

Das Angebot mit dem höchsten Z-Wert gilt als das wirtschaftlichste Angebot.

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Verdingungsordnung für Leistungen", Teil A "Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen" (VOL/A, Abschnitt 1).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden

und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Nebenangebote

4.1 Soweit an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt sind, müssen diese erfüllt werden; im Übrigen müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.
- 5.2 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.



PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Kreditorenbuchhaltung

Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:*?/"><) im Dateinamen

Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Rechnungs- und Email-Adressen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_RNV@rnv-online.de

MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_MV@rnv-online.de

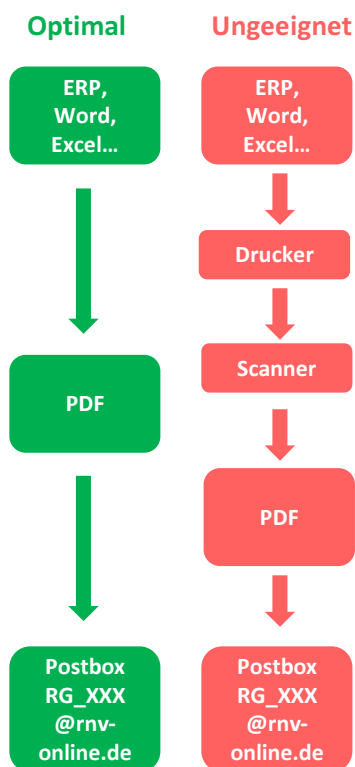
Zentralwerkstatt für Verkehrsmittel Mannheim GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_ZWM@rnv-online.de

Anforderungen an die Rechnungsqualität

Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



Qualitätsanforderungen an eine Rechnung

Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.

Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard



Rechnung

Rechnungsdatum: 01.10.2020
Rechnungsnummer: RG123456

Rechnungsanschrift:

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

RNV-Bestellnummer: 4xxxxxxxxx

Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...

Bezeichnung	Menge	Preis	Lieferschein	Positionsbetrag

Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020

Zahlungsbedingung:	Netto:	1.000,00 EUR
30 Tage netto	MwSt 16 %:	160,00 EUR
	Gesamt:	1.160,00 EUR

IBAN: DExx xxxx xxxx xxxx xx
BIC: xxxxxxxxxxxx

Ust.ID: DE123456789

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zur **Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH** („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Tel.: 0621-465-0
E-Mail: kundenservice@rnv-online.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH
Moritz Görmann
In den Leppsteinswiesen 14
64380 Roßdorf
Tel.: 06154-57605 111
E-Mail: datenschutz@ctm-com.de

3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe-grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“) zur Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen.

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages).

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genannten Fällen eingeschränkt.

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel: 0711 61 55 41-0
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

Checkliste

Mit dem Angebot sind folgende Unterlagen einzureichen:

Vertragsbestandteil	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unterlage	Vom Bieter ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen
Leistungsverzeichnis und Leistungsbeschreibung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Allgemeine Einkaufsbedingungen für Dienstleistungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vertragsbedingungen Fahrzeugreinigung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
rnv Datenschutzinformation	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Formblatt 633 Angebotsschreiben	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (auf der Vergabeplattform)
Formblatt 234 Bietergemeinschafts-/Arbeitsgemeinschaftserklärung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf auf der Vergabeplattform)
Formblatt 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf auf der Vergabeplattform)
Ausgefülltes Preisblatt/LV	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Eigenerklärung ArbEntG für Baden-Württemberg	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Eigenerklärung MiLoG für Baden-Württemberg	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Eigenerklärung ArbEntG für Rheinland-Pfalz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Eigenerklärung MiLoG für Rheinland-Pfalz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Referenzen gemäß Kriterienkatalog	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Qualitätssicherungskonzept je Los, für das angeboten wird	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (PowerPoint- Vorlage des AG)
Personaleinsatzkonzept je Los, für das angeboten wird	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (PowerPoint- Vorlage des AG)
Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) oder Berufsregisternachweis	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Versicherungsnachweis oder Nachweis über Versicherungsabschluss im Auftragsfall der Versicherung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Name und Anschrift des Bieters
(Firmenname lt. Handelsregister)

Ort:
Datum:
Tel.:
Fax:
e-mail:
USt.-ID-Nr.:
HR-Nr.:
Registergericht
BlmA-Nummer

(Name und Anschrift der Vergabestelle)

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Deutschland

Angebotsschreiben

Bezeichnung der Leistung:

Maßnahmennummer Maßnahme

Vergabenummer

Leistung

052-25-EK2

Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Anlagen¹, die Vertragsbestandteil werden

- ☐ Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm (Kurz- oder Langfassung) mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ 234 Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Nebenangebot(e)
- ☐
- ☐

Anlagen¹, die der Angebotserläuterung dienen, ohne Vertragsbestandteil zu werden

- ☐ 124_LD Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☐
- ☐

- 1 Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an.
An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.**

- 2 Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem. Leistungsbeschreibung beträgt einschl. Umsatzsteuer**

Los 1 _____ Euro
Los 2 _____ Euro
Los 3 _____ Euro
Los 4 _____ Euro
Los 5 _____ Euro

¹ vom Bieter anzukreuzen und beizufügen

3 Anzahl der Nebenangebote

Los 1	_____	St.
Los 2	_____	St.
Los 3	_____	St.
Los 4	_____	St.
Los 5	_____	St.

4 Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote

Los 1	_____	%
Los 2	_____	%
Los 3	_____	%
Los 4	_____	%
Los 5	_____	%

5 Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen:

- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), Ausgabe 2003,
- Unterlagen gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen – Teil B

6 Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich/wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).
- ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
- mir/uns zugegangene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
- falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.
- ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde, falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, es sei denn, ich/wir weise(n) einen geringeren Schaden nach.

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
 - ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
 - ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen,
- wird das Angebot ausgeschlossen.

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer	Baumaßnahme
Vergabenummer	Leistung
052-25-EK2	Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Erklärung der Bieter- /Arbeitsgemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter

Mitglied _____

USt-ID: _____

Weitere Mitglieder

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und erklären¹, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, zur Entgegennahme der Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt ist und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift

¹ Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	052-25-EK2	
Baumaßnahme		
Leistung		
Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH		

Ergänzung des Angebotsschreibens

Verzeichnis über Art und Umfang der Leistungen, für die sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns anderer Unternehmen bedienen werde(n).

OZ/Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen

In Hinsicht auf meine/unsere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	
Name des Unternehmens	Angabe zu der von diesem Unternehmen überlassenen Eignung

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen
nach den Vorgaben
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

Allgemeines

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

Informationen zum LTMG

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-

stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung (https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i.S.d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen, gelten die Regelungen der WBO-Tarifwerke, soweit der jeweilige Sachverhalt von deren Geltungsbereich erfasst wird und sofern die Vergabe nach dem 1. Januar 2022 eingeleitet wurde. Ansonsten gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das derzeit geltende vergabespezifische Mindestentgelt.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich der WBO-Tarifwerke.

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*
oder
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mir/wir uns
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
 - oder
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Verpflichtungserklärung
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

 Ort, Datum

 Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

 Ort, Datum

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

Ort, Datum

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

1. Mindestentgelte

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

2. Nachunternehmen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

3. Kontrolle

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

4. Sanktionen

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.



Merkblatt

für die Abgabe einer Tariftreueerklärung und/oder Mindestentgelterklärung nach dem rheinland-pfälzischen Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) vom 1. Dezember 2010 (GVBl. S. 426), zuletzt geändert durch das Landesgesetz zur Änderung haushalts- und vergaberechtlicher Vorschriften vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334)

Das Landestariftreuegesetz verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20.000 Euro nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei Angebotsabgabe eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen.

Das Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärungen unterstützen. Bitte beachten Sie jedoch, dass dieses Merkblatt sowie die bereitgestellten Mustererklärungen lediglich Arbeitshilfen darstellen, für die keine Haftung übernommen wird.

1. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt für jeden öffentlichen Auftrag?

Nein. § 2 LTTG beschränkt den Anwendungsbereich auf öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20.000 Euro. Bei der Schätzung des Auftragswertes gilt § 3 Abs. 1 Vergabeverordnung (VgV). Danach ist von der geschätzten Gesamtvergütung für die vorgesehene Leistung einschließlich etwaiger Prämien oder Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind alle Optionen oder etwaige Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen.

Wenn danach das LTTG grundsätzlich anwendbar ist, kann der öffentliche Auftraggeber beim Einsatz von Nachunternehmern oder Beschäftigten eines Verleihers durch den Auftragnehmer oder Nachunternehmer auf die Vorlage von Tariftreue- bzw. Mindestentgelterklärungen verzichten, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmers oder Verleihers weniger als 10.000 Euro beträgt. Dieser Verzicht tritt jedoch nicht kraft Gesetzes ein, sondern bedarf einer gesonderten Erklärung des öffentlichen Auftraggebers.

2. Welche Erklärung muss ich/müssen wir als Bieter/Bewerber abgeben?

2.1 Tariftreueerklärung

Es ist vorrangig zu prüfen, ob nach **§ 4 Abs. 1 oder 3 LTTG** eine **Tariftreueerklärung** abzugeben ist.

a) Tariftreueerklärung nach § 4 Abs. 1 LTTG

Eine Pflicht zur Abgabe einer Tariftreueerklärung besteht nach § 4 Abs. 1 LTTG für solche Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst werden. Diese Unternehmen müssen sich bei Angebotsabgabe verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den das Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist.

Eine Bindung durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz besteht, wenn der Tarifvertrag als Tarifvertrag nach § 4 Abs. 1 Nummer 1 AEntG für allgemeinverbindlich erklärt ist oder eine Rechtsverordnung nach § 7 oder § 7a AEntG vorliegt.

Gemäß § 4 Abs. 1 AEntG können Tarifverträge in folgenden Branchen zwingend Anwendung finden:

- des Bauhauptgewerbes oder des Baunebengewerbes im Sinne der Baubetriebe-Verordnung vom 28. Oktober 1980 (BGBl. I S. 2033), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 26. April 2006 (BGBl. I S. 1085), in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- der Gebäudereinigung,

- für Briefdienstleistungen,
- für Sicherheitsdienstleistungen,
- für Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- für Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- der Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- für Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,
- für Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung dafür, dass ein solcher Tarifvertrag Anwendung findet, ist jedoch, dass der Betrieb überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies muss im Einzelfall anhand der tatsächlichen Verhältnisse vom Auftragnehmer geprüft werden.

Für alle anderen als die in § 4 Abs. 1 AEntG genannten Branchen können Tarifverträge nach § 4 Abs. 2 AEntG zwingend Anwendung finden. Auch hier muss eine Einzelfallprüfung durch den Bieter/Bewerber erfolgen.

Ein Muster zur Abgabe der Tariftreuerklärung ist auf den Internetseiten der Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als „**Mustererklärung 1**“ abzurufen.

Eine Aufstellung der tariflichen Mindestlöhne im Sinne des AEntG wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) herausgegeben und stichtagsbezogen aktualisiert. Die Übersicht ist über die Internetseite der Servicestelle LTTG unter <https://lsjv.rlp.de/de/buergerportaleservice/downloads/arbeit/#c22858> über den Link „Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz“ abrufbar.

Bei der Verwendung der vorgenannten Übersicht ist indes Folgendes zu beachten:

- Da die Allgemeinverbindlichkeit zum Teil mit Rückwirkung ausgesprochen wird, wird der Beginn der Allgemeinverbindlichkeit manchmal erst nachträglich bekannt. Es kann deshalb vorkommen, dass ein Tarifvertrag im Verzeichnis noch nicht aufgeführt ist, obwohl später die Allgemeinverbindlichkeit zu einem früheren Zeitpunkt ausgesprochen wird. Ebenso kann der Fall eintreten, dass ein

Tarifvertrag noch als gültig und allgemeinverbindlich aufgeführt ist, obwohl die Allgemeinverbindlichkeit bereits zu einem früheren Zeitpunkt beendet war.

- Allgemeinverbindlicherklärungen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes ergehen zum Teil mit Einschränkungen oder Ausnahmen vom Geltungsbereich bzw. vom Tarifvertragsinhalt. Führt eine solche Ausnahme dazu, dass im konkreten Fall der öffentliche Auftrag nicht vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst wird, ist keine Tariftreue-, sondern eine Mindestentgelterklärung abzugeben.
- Die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales stichtagsweise erstellte Übersicht stellt lediglich eine Arbeitshilfe dar, so dass eine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit nicht übernommen werden kann. **Dem Bieter obliegt daher weiterhin die jeweils eigenverantwortliche Prüfung, ob ein tariflicher Mindestlohn im Sinne des AEntG für das Unternehmen gilt.**

Es empfiehlt sich deshalb im Einzelfall Auskunft unter Bezeichnung des in Betracht kommenden Tarifvertrages und Zeitraumes beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Referat IIIa8 in 53107 Bonn einzuholen.

Wichtig: Wird im Rahmen eines öffentlichen Auftrages **nur ein Teil** der eingesetzten Arbeitnehmer bei der Ausführung der Leistung vom AEntG in der jeweils geltenden Fassung erfasst, gilt Folgendes:

Der Bieter/Bewerber hat zu prüfen, ob hinsichtlich der restlichen, von der Tariftreuerklärung nicht erfassten Arbeitnehmer, zusätzlich auch eine Mindestentgelterklärung abzugeben ist.

Keine Verpflichtung besteht vor allem in folgenden Fällen:

- bei der Leistungserbringung durch Auszubildende,
- wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmern auszuführen;
- falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

Die „**Mustererklärung 1**“ sieht auch ein Feld für die zusätzliche Mindestentgelterklärung vor.

b) Tariftreuerklärung nach § 4 Abs. 3 LTTG

Nach § 4 Abs. 3 LTTG müssen sich Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bewerben, zur Tariftreue verpflichten.

Die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bezieht sich auf einschlägige und repräsentative, mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarte Tarifverträge. Diese werden vom öffentlichen Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrages benannt. Die Liste wird vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie als Verwaltungsvorschrift im Ministerialblatt der Landesregierung von Rheinland-Pfalz veröffentlicht und von der Servicestelle im Internet zur Verfügung gestellt.

Beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist eine Servicestelle eingerichtet, die über das Landestariftreuegesetz informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Auf der Internetseite der Servicestelle können weitere Informationen entnommen werden: <https://lsjv.rlp.de/de/unsere-aufgaben/arbeit/landestariftreuegesetz-lttg/>

Ein Muster zur Abgabe der Tariftreuerklärung ist auf den Internetseiten der Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als „**Mustererklärung 2**“ abzurufen.

2.2 Pflicht zur Abgabe einer Mindestentgelterklärung:

Wenn und soweit nach dem unter 2.1 Gesagten keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 LTTG verpflichten, eine Mindestentgelterklärung abzugeben.

Mindestentgelterklärung nach § 4 Abs. 2 LTTG (ab 01.01.2019)

Da die Höhe des nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung zu zahlenden Mindestlohns seit 01.01.2019 den Betrag von 8,90 € gemäß § 3 Abs. 2 LTTG übersteigt (Mindestlohn ab 01.01.2019: 9,19 €; ab

01.01.2020: 9,35 €; ab 01.01.2021: 9,50 €; ab 01.07.2021: 9,60 €; ab 01.01.2022: 9,82 €; ab 01.07.2022: 10,45 €; ab 01.10.2022: 12,00 € brutto; ab 01.01.2024: 12,41 € je Zeitstunde), muss sich der Bieter/Bewerber, bei Leistungen, die vom Mindestlohngesetz in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden, bei Angebotsabgabe verpflichten, seinen Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den jeweils geltenden Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht und Änderungen während der Ausführungslaufzeit gegenüber den Beschäftigten nachzuvollziehen.

Keine Verpflichtung besteht in folgenden Fällen:

- bei der Leistungserbringung durch Auszubildende,
- wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmern auszuführen;
- falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmer mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

Ein Muster zur Abgabe der Mindestentgelterklärung nach § 4 Abs. 2 LTTG ist auf den Internetseiten der Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als „**Mustererklärung 3**“ abzurufen.

3. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt auch für Nachunternehmer bzw. für eingesetzte Leiharbeitnehmer?

§ 5 Abs. 2 LTTG verpflichtet die Bieter/Bewerber, Mindestentgelt- und Tariftreueerklärungen auch für Nachunternehmer, deren Nachunternehmen und Beschäftigte eines Verleihers vorzulegen und die Erfüllung der sich hieraus ergebenden Verpflichtungen sicherzustellen. Insbesondere ist/sind Bieter/Bewerber verpflichtet, die Kalkulationen der Nachunternehmer daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis der anzuwendenden Tarife bzw. des Mindestentgeltes kalkuliert sein können.

Die Abgabe einer Mindestentgelterklärung kann allerdings nicht gefordert werden, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die

Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

4. Was geschieht, wenn keine Tariftreueerklärung bzw. Mindestentgelterklärung abgegeben wird?

§ 4 Abs. 6 LTTG ordnet an, dass dann, wenn die Tariftreueerklärung bei Angebotsabgabe fehlt und sie auch nach Aufforderung nicht vorgelegt wird, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist.

§ 4 Abs. 2 i. V. m. § 3 Satz 3 LTTG ordnet an, dass dann, wenn die Mindestentgelterklärung bei Angebotsabgabe fehlt und sie auch nach Aufforderung nicht vorgelegt wird, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist.

Herausgeber:

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

– Servicestelle LTTG –

Postfach

54229 Trier

Telefon 0651 1447-210

Telefax 0651 1447-14210

servicestelle-LTTG@lsjv.rlp.de

www.lsjv.rlp.de



Mustererklärung 1

für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden,

nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. 334)

Auftragsnummer: 052-25-EK2

Vergabestelle: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Leistung: Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Die Beschäftigten meines/unseres Unternehmens werden vollständig/teilweise vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst.

Ich/Wir **verpflichte/n** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den ich/wir/mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist – Tariftreueerklärung gemäß § 4 Abs. 1 LTTG –;

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz keine Anwendung findet (vgl. z. B. § 2 Abs. 4 Zehnte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Baugewerbe), bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 01.01.2019: 9,19 €; ab 01.01.2020: 9,35 €; ab 01.01.2021: 9,50 €; ab 01.07.2021: 9,60 €; ab 01.01.2022: 9,82 €; ab 01.07.2022: 10,45 €; ab 01.10.2022: 12,00 €; ab 01.01.2024: 12,41 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen – Mindestentgeltklärung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG –.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB



Mustererklärung 3

nach § 4 Abs. 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334)

Auftragsnummer: 052-25-EK2

Vergabestelle: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Leistung: Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Ich/Wir **verpflichten** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 1.1.2019: 9,19 €; ab 1.1.2020: 9,35 €; ab 1.1.2021: 9,50 €; ab 1.7.2021: 9,60 €; ab 1.1.2022: 9,82 €; ab 1.7.2022: 10,45 €; ab 1.10.2022: 12,00; ab 1.1.2024: 12,41 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur)

03.12.2025

Verfahren: 052-25-EK2 - Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1 LOS Los 1 Innenreinigung EUR

Leistungsart: Dienstleistung
Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 50%, Leistung: 50%)
Klassifizierung: Reinigungsdienste (90910000-9)
Reinigung von Transportmitteln (90917000-8)

Innenreinigung der Fahrzeuge

1.1 Regelmäßige Reinigung Fahrzeuginnenraum	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1.000,00	Leistungseinheit pro 1,00 Leistungseinheit

gem. Leistungsbeschreibung

1.2 Reinigung der Sitze	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	250,00	Leistungseinheit pro 1,00 Leistungseinheit

gem. Leistungsbeschreibung

1.3 Starkverschmutzungen Innenraum	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	400,00	Stunden pro 1,00 Stunde
gem. Leistungsbeschreibung					

1.4 Sonderreinigungen Innenraum	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	200,00	Stunden pro 1,00 Stunde
gem. Leistungsbeschreibung					

1.5 Akutsonderreinigung Innenraum	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	19%	100,00	Stunden pro 1,00 Stunde
gem. Leistungsbeschreibung					

2 LOS Los 2 Außenreinigung	EUR
-----------------------------------	------------------

Leistungsart: Dienstleistung
Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 50%, Leistung: 50%)
Klassifizierung: Reinigungsdienste (90910000-9)
Reinigung von Transportmitteln (90917000-8)

Außenreinigung der Fahrzeuge.

2.1 Regelmäßige Außenreinigung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	600,00	Leistungseinheit pro 1,00 Leistungseinheit
gem. Leistungsbeschreibung					

2.2 Erweiterte Außenreinigung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	250,00	Leistungseinheit pro 1,00 Leistungseinheit
gem. Leistungsbeschreibung					

2.3 Sonderreinigung außen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	100,00	Stunden pro 1,00 Stunde
gem. Leistungsbeschreibung					

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

Verfahren: 052-25-EK2 - Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Los 1 - "Los 1 Innenreinigung"

1.1 Technische Leistungsfähigkeit

1.1.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu mindestens 1 Referenz anzugeben, aus der sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat.

Mindestanforderung:

- Mind. 1 Referenz über einen abgeschlossenen Auftrag über die Innenreinigung von Fahrzeugen aus den letzten 3 Jahren (frühesten aus dem Jahr 2023). Der Auftrag muss die Reinigung von mindestens 20 Fahrzeugen umfassen.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

1.1.2 Referenz 1

1.1.2.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.1.2.2 Rolle des Referenzinhabers [Mussangabe]

Welche Rolle hat der Referenzinhaber bei Angebotsabgabe bzw. Abgabe des Teilnahmeantrags?

- ☐ Referenzinhaber ist Bieter/Bewerber
☐ Referenzinhaber ist Mitglied der Bieter-/Bewerbergemeinschaft
☐ Referenzinhaber ist Eignungsleiher

Mehrere Antworten wählbar

1.1.2.3 Referenzinhaber [Mussangabe]

Welches Unternehmen hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.4 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.5 Leistungszeitraum [Mussangabe]

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "von Juni 2022 bis August 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.6 Auftragsvolumen [Mussangabe]

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.7 Projekttitel und Auftragsbeschreibung [Mussangabe]

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige und nachvollziehbare Kurzbeschreibung zum Auftrag an. z.B. welche Leistung wurde ausgeführt, welche Fahrzeugtypen wurden gereinigt, in welchem Intervall wurde gereinigt etc.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.8 Anzahl Fahrzeuge [Mussangabe]

Bitte geben Sie hier die Anzahl der im Auftrag gereinigten Fahrzeuge an.

Nicht Beantwortung kann zum Ausschluss des Angebots führen.

1.1.3 Referenz 2 (optional)

1.1.3.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.1.3.2 Rolle des Referenzinhabers

Welche Rolle hat der Referenzinhaber bei Angebotsabgabe bzw. Abgabe des Teilnahmeantrags?

- ☐ Referenzinhaber ist Bieter/Bewerber
- ☐ Referenzinhaber ist Mitglied der Bieter-/Bewerbergemeinschaft
- ☐ Referenzinhaber ist Eignungsleiher

Mehrere Antworten wählbar

1.1.3.3 Referenzinhaber

Welches Unternehmen hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.4 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.5 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "von Juni 2022 bis August 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.6 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.7 Projekttitel und Auftragsbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige und nachvollziehbare Kurzbeschreibung zum Auftrag an. z.B. welche Leistung wurde ausgeführt, welche Fahrzeugtypen wurden gereinigt, in welchem Intervall wurde gereinigt etc.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.8 Anzahl Fahrzeuge

Bitte geben Sie hier die Anzahl der im Auftrag gereinigten Fahrzeuge an.

Nicht Beantwortung kann zum Ausschluss des Angebots führen.

1.1.4 Referenz 3 (optional)

1.1.4.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.1.4.2 Rolle des Referenzinhabers

Welche Rolle hat der Referenzinhaber bei Angebotsabgabe bzw. Abgabe des Teilnahmeantrags?

- ☐ Referenzinhaber ist Bieter/Bewerber
☐ Referenzinhaber ist Mitglied der Bieter-/Bewerbergemeinschaft
☐ Referenzinhaber ist Eignungsleiher

Mehrere Antworten wählbar

1.1.4.3 Referenzinhaber

Welches Unternehmen hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.4.4 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.4.5 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "von Juni 2022 bis August 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.4.6 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.4.7 Projekttitel und Auftragsbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige und nachvollziehbare Kurzbeschreibung zum Auftrag an.
z.B. welche Leistung wurde ausgeführt, welche Fahrzeugtypen wurden gereinigt, in welchem Intervall wurde gereinigt etc.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.4.8 Anzahl Fahrzeuge

Bitte geben Sie hier die Anzahl der im Auftrag gereinigten Fahrzeuge an.

Nicht Beantwortung kann zum Ausschluss des Angebots führen.

2 Los 2 - "Los 2 Außenreinigung"

2.1 Technische Leistungsfähigkeit

2.1.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu mindestens 1 Referenz anzugeben, aus der sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art,

Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat.

Mindestanforderung:

- Mind. 1 Referenz über einen abgeschlossenen Auftrag über die Außenreinigung von Fahrzeugen aus den letzten 3 Jahren (frühesten aus dem Jahr 2023). Der Auftrag muss die Reinigung von mindestens 20 Fahrzeugen umfassen.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

2.1.2 Referenz 1

2.1.2.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.1.2.2 Rolle des Referenzinhabers [Mussangabe]

Welche Rolle hat der Referenzinhaber bei Angebotsabgabe bzw. Abgabe des Teilnahmeantrags?

- ☐ Referenzinhaber ist Bieter/Bewerber
☐ Referenzinhaber ist Mitglied der Bieter-/Bewerbergemeinschaft
☐ Referenzinhaber ist Eignungsleiher

Mehrere Antworten wählbar

2.1.2.3 Referenzinhaber [Mussangabe]

Welches Unternehmen hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.4 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten. Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.5 Leistungszeitraum [Mussangabe]

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "von Juni 2022 bis August 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.6 Auftragsvolumen [Mussangabe]

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.7 Projekttitel und Auftragsbeschreibung [Mussangabe]

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige und nachvollziehbare Kurzbeschreibung zum Auftrag an. z.B. welche Leistung wurde ausgeführt, welche Fahrzeugtypen wurden gereinigt, in welchem Intervall wurde gereinigt etc.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.8 Anzahl Fahrzeuge [Mussangabe]

Bitte geben Sie hier die Anzahl der im Auftrag gereinigten Fahrzeuge an.

Nicht Beantwortung kann zum Ausschluss des Angebots führen.

2.1.3 Referenz 2 (optional)

2.1.3.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.1.3.2 Rolle des Referenzinhabers

Welche Rolle hat der Referenzinhaber bei Angebotsabgabe bzw. Abgabe des Teilnahmeantrags?

- ☐ Referenzinhaber ist Bieter/Bewerber
☐ Referenzinhaber ist Mitglied der Bieter-/Bewerbergemeinschaft
☐ Referenzinhaber ist Eignungsleiher

Mehrere Antworten wählbar

2.1.3.3 Referenzinhaber

Welches Unternehmen hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.4 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.5 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "von Juni 2022 bis August 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.6 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.7 Projekttitel und Auftragsbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige und nachvollziehbare Kurzbeschreibung zum Auftrag an.
z.B. welche Leistung wurde ausgeführt, welche Fahrzeugtypen wurden gereinigt, in welchem Intervall wurde gereinigt etc.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.8 Anzahl Fahrzeuge

Bitte geben Sie hier die Anzahl der im Auftrag gereinigten Fahrzeuge an.

Nicht Beantwortung kann zum Ausschluss des Angebots führen.

2.1.4 Referenz 3 (optional)

2.1.4.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.1.4.2 Rolle des Referenzinhabers

Welche Rolle hat der Referenzinhaber bei Angebotsabgabe bzw. Abgabe des Teilnahmeantrags?

- ☐ Referenzinhaber ist Bieter/Bewerber
- ☐ Referenzinhaber ist Mitglied der Bieter-/Bewerbergemeinschaft
- ☐ Referenzinhaber ist Eignungsleiher

Mehrere Antworten wählbar

2.1.4.3 Referenzinhaber

Welches Unternehmen hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.4.4 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.4.5 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "von Juni 2022 bis August 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.4.6 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.4.7 Projekttitel und Auftragsbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige und nachvollziehbare Kurzbeschreibung zum Auftrag an.
z.B. welche Leistung wurde ausgeführt, welche Fahrzeugtypen wurden gereinigt, in welchem Intervall wurde gereinigt etc.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.4.8 Anzahl Fahrzeuge

Bitte geben Sie hier die Anzahl der im Auftrag gereinigten Fahrzeuge an.

Nicht Beantwortung kann zum Ausschluss des Angebots führen.

3 Für alle Lose

3.1 Alternative - Eigenerklärung zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

3.1.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht

Der Bieter/ Die Bietergemeinschaft muss unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, die über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht erhalten bleiben muss.
Die Deckungssumme dieser Versicherung muss je Schadensfall mindestens betragen:

- a) Personen- Sachschäden bis € 5.000.000,00
- b) Vermögens- und Bearbeitungsschäden bis € 5.000.000,00
- d) Schlüsselschäden bis € 500.000,00
- f) Feuerhaftpflichtschäden bis € 5.000.000,00
- g) Umweltschäden bis € 1.000.000,00

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter eine entsprechende Eigenerklärung ab und reicht den entsprechenden Nachweis ein.

Im Falle der Bietergemeinschaft ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Achtung: Bitte beachten Sie, dass ein Nachfordern eines unzureichenden Versicherungsnachweises unzulässig ist und zum Ausschluss des Angebots von der Wertung führt.

3.1.2 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ein entsprechender Nachweis der

Variante a) bestehenden Versicherung

ODER

Variante b) ein Nachweis der Versicherung, dass zum Zeitpunkt des Vertragsbeginns eine entsprechende Versicherung in ausreichender Höhe mit dem Bieter abgeschlossen wird

ist dem Teilnahmeantrag beigelegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.1.3 Eigenerklärung zur Versicherung [Mussangabe]

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft / Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft bestätigt, dass _____.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung wie vor beschrieben von jedem Bieter/ Mitglied der Bietergemeinschaft/ Bewerber / Mitglied der Bewerbergemeinschaft bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe besteht und zum Nachweis ist die Versicherungsbestätigung dem Angebot beigelegt. (Variante a)) (0)
☐ Der Bieter / Die Bietergemeinschaft / Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft ist in der Lage, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung eine wie vor beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und eine entsprechende Versicherungsbestätigung ist dem Angebot beigelegt. (Variante b)) (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.2 124_Eigenerklärung_LD

Gewichtung: 0,00%

3.2.1 Auskunftgeber [Mussangabe]

Die Eigenerklärung gibt ab: _____

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Bewerber / Bieter (0)
☐ Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft (0)
☐ Nachunternehmer (0)
☐ anderes Unternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.2.2 Hinweise zur Eigenerklärung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen der Vergabestelle mit dem Angebot/Teilnahmeantrag vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig vorgelegt werden.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.3 Umsatz des Unternehmens in Euro

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen Umsatz des Unternehmens in Euro in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

3.2.4 Umsatz des Unternehmens 1 [Mussangabe]

Umsatz in Euro des Unternehmens im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr.

3.2.5 Umsatz des Unternehmens 2 [Mussangabe]

Umsatz in Euro des Unternehmens im vorletzten abgeschlossenen Geschäftsjahr.

3.2.6 Umsatz des Unternehmens 3 [Mussangabe]

Umsatz in Euro des Unternehmens vorvorletzten abgeschlossenen Geschäftsjahr.

3.2.7 Angaben zu Arbeitskräften [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Beschäftigten zur Verfügung stehen.
Ich werde/ Wir werden die Zahl der in den letzten drei Jahren jahresdurchschnittlich Beschäftigten angeben.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.2.8 Angaben zu Arbeitskräften 1 [Mussangabe]

Angabe der jahresdurchschnittlich Beschäftigten im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr.

3.2.9 Angaben zu Arbeitskräften 2 [Mussangabe]

Angabe der jahresdurchschnittlich Beschäftigten im vorletzten abgeschlossenen Geschäftsjahr.

3.2.10 Angaben zu Arbeitskräften 3 [Mussangabe]

Angabe der jahresdurchschnittlich Beschäftigten im vorvorletzten abgeschlossenen Geschäftsjahr.

3.2.11 Eintragung in Berufsregister [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Sind Sie zur Eintragung in ein Berufsregister verpflichtet?

Zur Bestätigung werde ich/werden wir meiner/unserer Erklärung die entsprechende aktuelle Bescheinigung mit dem Angebot/Teilnahmeantrag vorlegen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.12 Eintragung in Berufsregister "Ja"

Falls Sie zur Eintragung in ein Berufsregister verpflichtet sind, ist der aktuelle Nachweis über die Eintragung dem Angebot/Teilnahmeantrag beigelegt?

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.2.13 Eintragung in Berufsregister "Nein"

Falls kein Nachweis über die Eintragung in ein Berufsregister beigelegt ist, geben Sie den Grund hierfür an:

3.2.14 Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation [Mussangabe]

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation.

"Keine Angabe" ist eine unzulässige Antwort und kann zum Ausschluss vom weiteren Verfahren führen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet. (0)
☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen. (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.2.15 Mitgliedschaft bei Berufsgenossenschaft [Mussangabe]

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft: _____

3.2.16 Zuverlässigkeit als Bewerber/Bieter [Mussangabe]

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber/Bieter in Frage stellt.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 Abs. 1 S. 2 WRegG anfordern.

Ich/Wir erkläre(n), dass _____

Mehrfachnennung möglich.

☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 oder § 124 GWB vorliegen
☐ ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind
☐ für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 124 GWB vorliegt.
☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde.

Mehrere Antworten wählbar

3.2.17 Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben etc. [Mussangabe]

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt, ist dem Angebot beizufügen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.2.18 Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ist eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt, dem Angebot beigefügt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.19 Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes [Mussangabe]

Falls keine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen beigefügt ist, geben Sie den Grund hierfür an:

3.3 KMU

Gewichtung: 0,00%

3.3.1 Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.
Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.
Es gelten folgende Grenzen:

Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz
 Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz
 Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz
 Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein _____.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Kleinstunternehmen (0)
☐ Kleines Unternehmen (0)
☐ Mittleres Unternehmen (0)
☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 052-25-EK2 - Fahrzeugreinigung (PKW) bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Los 1 - "Los 1 Innenreinigung"

1.1 Von Bietern auszufüllen

1.1.1 Qualitätssicherungskonzept [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde ein entsprechendes Konzept unter Nutzung der zur Verfügung gestellten Vorlage inklusive der benannten Unterpunkte gemäß Wertungsmatrix/Vorlage dem Angebot beigelegt?

Bewertung erfolgt durch Auftraggeber.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.1.2 Personaleinsatzkonzept [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde ein entsprechendes Konzept unter Nutzung der zur Verfügung gestellten Vorlage inklusive der benannten Unterpunkte gemäß Wertungsmatrix/Vorlage dem Angebot beigelegt?

Bewertung erfolgt durch Auftraggeber.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.2 Von Vergabestelle auszufüllen

Gewichtung: 100,00%

1.2.1 Qualitätssicherungskonzept

Gewichtung: 50,00%

1.2.1.1 Ökologie & Nachhaltigkeit

Gewichtung: 20,00%

Maximalpunktzahl: 5

Ökologie & Nachhaltigkeit

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
☐ Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
☐ Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
☐ Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
☐ Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

Nur eine Antwort wählbar

1.2.1.2 Qualitätssicherung

Gewichtung: 10,00%

Maximalpunktzahl: 5

Qualitätssicherung

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche

Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐] Keine Angabe (0)
- ☐] Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
- ☐] Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
- ☐] Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
- ☐] Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
- ☐] Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

Nur eine Antwort wählbar

1.2.1.3 Beschwerdemanagement

Gewichtung: 10,00%

Maximalpunktzahl: 5

Beschwerdemanagement

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐] Keine Angabe (0)
- ☐] Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
- ☐] Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
- ☐] Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
- ☐] Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
- ☐] Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

Nur eine Antwort wählbar

1.2.1.4 Maschineneinsatz & Reinigungsmethoden

Gewichtung: 10,00%

Maximalpunktzahl: 5

Maschineneinsatz & Reinigungsmethoden

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐] Keine Angabe (0)
- ☐] Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
- ☐] Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
- ☐] Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
- ☐] Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
- ☐] Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

Nur eine Antwort wählbar

1.2.2 Personaleinsatzkonzept

Gewichtung: 50,00%

1.2.2.1 Steuerungskonzept und Personaleinsatz

Gewichtung: 30,00%

Maximalpunktzahl: 5

Steuerungskonzept und Personaleinsatz

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐ ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ ☐ Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
- ☐ ☐ Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
- ☐ ☐ Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
- ☐ ☐ Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
- ☐ ☐ Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

Nur eine Antwort wählbar

1.2.2.2 Schulung / Einweisung- und Weiterbildung

Gewichtung: 10,00%
Maximalpunktzahl: 5

Schulung / Einweisung- und Weiterbildung

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐ ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ ☐ Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
- ☐ ☐ Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
- ☐ ☐ Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
- ☐ ☐ Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
- ☐ ☐ Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

Nur eine Antwort wählbar

1.2.2.3 Urlaubs- und Vertretungsplanung

Gewichtung: 10,00%
Maximalpunktzahl: 5

Urlaubs- und Vertretungsplanung

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐ ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ ☐ Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
- ☐ ☐ Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
- ☐ ☐ Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
- ☐ ☐ Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
- ☐ ☐ Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

Nur eine Antwort wählbar

2 Los 2 -"Los 2 Außenreinigung"

2.1 Von Bietern auszufüllen

2.1.1 Qualitätssicherungskonzept t [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde ein entsprechendes Konzept unter Nutzung der zur Verfügung gestellten Vorlage inklusive der benannten Unterpunkte gemäß Wertungsmatrix/Vorlage dem Angebot beigefügt?

Bewertung erfolgt durch Auftraggeber.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.1.2 Personaleinsatzkonzept [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde ein entsprechendes Konzept unter Nutzung der zur Verfügung gestellten Vorlage inklusive der benannten Unterpunkte gemäß Wertungsmatrix/Vorlage dem Angebot beigefügt?

Bewertung erfolgt durch Auftraggeber.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.2 Von Vergabestelle auszufüllen

Gewichtung: 100,00%

2.2.1 Qualitätssicherungskonzept

Gewichtung: 50,00%

2.2.1.1 Ökologie & Nachhaltigkeit

Gewichtung: 20,00%

Maximalpunktzahl: 5

Ökologie & Nachhaltigkeit

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
☐ Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
☐ Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
☐ Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
☐ Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

Nur eine Antwort wählbar

2.2.1.2 Qualitätssicherung

Gewichtung: 10,00%

Maximalpunktzahl: 5

Qualitätssicherung

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
☐ Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
☐ Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
☐ Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
☐ Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

2.2.1.3 Beschwerdemanagement

Gewichtung: 10,00%
Maximalpunktzahl: 5

Beschwerdemanagement

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
- ☐ Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
- ☐ Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
- ☐ Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
- ☐ Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

Nur eine Antwort wählbar

2.2.1.4 Maschineneinsatz & Reinigungsmethoden

Gewichtung: 10,00%
Maximalpunktzahl: 5

Maschineneinsatz & Reinigungsmethoden

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
- ☐ Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
- ☐ Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
- ☐ Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
- ☐ Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

Nur eine Antwort wählbar

2.2.2 Personaleinsatzkonzept

Gewichtung: 50,00%

2.2.2.1 Steuerungskonzept und Personaleinsatz

Gewichtung: 30,00%
Maximalpunktzahl: 5

Steuerungskonzept und Personaleinsatz

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
- ☐ Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
- ☐ Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
- ☐ Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
- ☐ Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

2.2.2.2 Schulung / Einweisung- und Weiterbildung

Gewichtung: 10,00%
Maximalpunktzahl: 5

Schulung / Einweisung- und Weiterbildung

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐] Keine Angabe (0)
- ☐] Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
- ☐] Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
- ☐] Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
- ☐] Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
- ☐] Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

Nur eine Antwort wählbar

2.2.2.3 Urlaubs- und Vertretungsplanung

Gewichtung: 10,00%
Maximalpunktzahl: 5

Urlaubs- und Vertretungsplanung

Stufe 1: unstrukturierte Vorgehensweise, mit vielen offenen Fragestellungen, mangelhafte fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; ungenügende Darstellungsweise

Stufe 2: einigermaßen strukturierte Vorgehensweise mit einigen Mängeln, mehrere Fragen bleiben offen, ausreichende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nicht projektbezogene Darstellungsweise

Stufe 3: brauchbar strukturierte Vorgehensweise, mit einigen offenen Fragestellungen, zufriedenstellende fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; nur teilweise prägnante Darstellungsweise

Stufe 4: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, mit einzelnen offenen Fragestellungen, gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; überwiegend prägnante Darstellungsweise

Stufe 5: klar strukturierte logisch aufgebaute Vorgehensweise, keine Fragen bleiben offen, sehr gute fachliche Qualität und Schlüssigkeit des Konzepts; prägnante Darstellungsweise

- ☐] Keine Angabe (0)
- ☐] Stufe 1: Konzept entspricht nicht den Anforderungen (1)
- ☐] Stufe 2: Konzept entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen (2)
- ☐] Stufe 3: Das Konzept entspricht den Anforderungen (3)
- ☐] Stufe 4: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer Weise (4)
- ☐] Stufe 5: Konzept entspricht Anforderungen in besonderer, herausragender Weise (5)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Anlage Los 1.zip	8,74 MB	zip
Dateianlage	Anlage Los 2.zip	8,75 MB	zip